Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1921

158 (10.6.1921) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis
in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 Mk., in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 Mk. Auswärts durch unsere Agenturen bezogen 5.50 Mk. monatlich, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.65 Mk., vierteljährlich 16.95 Mk.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Anzeigen
Die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum a) lokal 1.40 Mk. b) auswärts 1.60 Mk. Reklamezeile 5.— Mk., an erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 894 Generalschriftleiter Nr. 277

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinr. Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon Zentrum 248.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 158. Freitag, den 10. Juni 1921 Erstes Blatt.

Die Aufgaben des Kabinetts Wirth.

Von Dr. Pachnicke, M. d. R.

Wir geben diese Gedanken wieder, weil uns besonders die Hinweise am Schluß des Aufsatzes der Beachtung wert erscheinen. „Auch die Verwaltung hat Pflichten, vor allem der Sparsamkeit und der höchsten Kräfteentfaltung." Das scheint sehr beherzigenswert, in einer Zeit, in der der Steuern zahlende Bürger heute mit Drohungen auf schärfste Zwangsmaßnahmen zur Innehaltung der Frist der Abgabe seiner Steuererklärung angetrieben wird, während ihm morgen unter nicht minder deutlichen Ankündigungen Pfändung und zwangsweise Beitreibung angesagt wird, wenn er nicht innerhalb 10 Tagen seine Steuern nach der alten Quote entrichtet. Die Beantwortung der zahlreich an uns ergehenden Anfragen, wozu denn der Beamtenapparat immer weiter vergrößert werde und in zunehmendem Maße eben wieder diese Steuern und die Wohnungskommissionen belaste, müssen wir zuständigen Stellen überlassen. Red.

Die erste Krisis hat das Kabinett Wirth glücklich überstanden. 281 Stimmen gegen ein Mißtrauensvotum, für das nur 77 Stimmen abgegeben wurden, und 218 dafür, daß alles daran gesetzt werde, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen; das ist immerhin schon ein Erfolg. Aber weitere Krisen werden folgen. Denn die Basis ist zu schmal und die Zumutungen, die ein Kabinett der Erfüllung an die beteiligten Parteien stellen muß, sind zu groß. Tritt, was keineswegs sicher ist, die Bayerische Volkspartei mit ihren 20 Mitgliedern hinzu, so verfügt Herr Dr. Wirth im besten Falle über 240 von 469 Stimmen. Die Unabhängigen zur Linken und die Deutsche Volkspartei zur Rechten bleiben in ihren Entschließungen völlig frei. Die ersteren kommen für die Mehrheitsbildung nur dann in Betracht, wenn die Politik sehr nach links neigt, die letzteren nur, wenn der Pendel nach rechts ausschlägt. Elemente, die in sich so verschiedenartig sind, auf eine und dieselbe Linie zu vereinigen, wird überaus schwer sein.

Die Schwierigkeiten erhöhen sich noch dadurch, daß es sich um Entscheidungen handelt, die den Parteien sehr gefährlich werden können. Es gilt jetzt, den Verbrauchern im allgemeinen und bestimmten Berufsschichten im besonderen Lasten aufzubürden, für welche diese mit dem Stimmzettel eine recht unbequeme Quittung geben können. Das Staatsgefühl müßte sehr hoch entwickelt sein, wenn diese Quittung ausbliebe. Die demokratische Fraktion ist sich der Gefahr durchaus bewußt. Aber sie hat seit ihrer Gründung stets Vaterlands- und nie Parteipolitik getrieben und wird es auch künftig tun, selbst wenn ihr die Betätigung des nationalen Sinns nochmals schlecht gedankt wird. In wieweit indes die anderen Parteien Staats- und nicht Parteiarbeit leisten werden, das muß der Erfolg lehren. Die Möglichkeit eines nahen Wahlkampfes pflegt die Blicke auf Mandatsinteressen zu lenken.

Die Aufgabe ist, Deutschland weiterhin an dem Abgrund vorbei zu führen, ohne daß es abstürzt. Zwei Jahre lang ist es gelungen. Gelingt es noch zwei Jahre, so ist schon viel gewonnen. Das war der Zweck der Zustimmung zum Ultimatum, und bisher lassen sich die Dinge so an, daß man hoffen darf, ihn zu erreichen. Die erste Zahlung ist geleistet, die zweite wird vorbereitet, die Entwaffnung in Bayern vollzieht sich glatter, als erwartet wurde. Somit ist den Franzosen der Vorwand für den Einmarsch genommen und sie müssen murrend den ausgehobenen Jahrgang entlassen. Wollten sie unter Bruch des Abkommens vormarschieren, so fiele ihnen England in den Arm, das jetzt umso rückhaltloser zugreifen könnte, als es der Unterstützung Amerikas sicher ist. Zwischen England und Amerika hat sich eine Annäherung vollzogen, die für die weitere Gestaltung der Weltgeschicke bedeutsam werden kann.

Voraussetzung für die Abwendung des Schlimmsten bleibt freilich, daß das deutsche Volk auch vor den schwersten Opfern nicht zurückschreckt. Es muß sich eine Belastung des Verbrauchs und des Besitzes gefallen lassen, wie sie noch nicht dagewesen ist, muß Preissteigerungen hinnehmen, die durch Lohn- und Gehaltserhöhungen keinesfalls ganz ausgeglichen werden können, und muß Mehrarbeit leisten, ohne welche sich die erforderlichen Mehrwerte nicht beschaffen lassen. Noch deuten wenig Anzeichen darauf hin, daß man sich der Schwere der kommenden Dinge bereits bewußt ist. Gewisse Kreise leben unbekümmert dahin, genießen, als hätten wir nie eine vernichtende militärische Niederlage erlitten, entfalten einen geradezu sträflichen Luxus und verstärken bei den Ausländern, die das mit ansehen, die Ueberzeugung, daß Deutschland zahlen kann. Das wird nun aber wohl bald anders werden.

Zunächst soll die Kohlensteuer erhöht werden. Ihr Satz beträgt jetzt 20 vom Hundert des Wertes, ihr Ertrag 4—5 Milliarden Mark. Wie hoch sich die Steigerung belaufen soll, darüber wird in der soeben eingetretenen parlamentarischen Pause beraten. Ob man sich zu einer Erhöhung um 50 oder 100 % entschließt, immer entsteht ein Plus an Produktionskosten, das sich in ein Plus der Preise umsetzt. Die zweite, schon jetzt vorzunehmende Steuermaßregel besteht in einer Erhöhung der Umsatzsteuer. Aus 1½ vom Hundert werden vielleicht 3 %, wiederum ein Grund zur Preiserhöhung. Als drittes tritt die Körperschaftssteuer hinzu, die schon mit Rücksicht auf die herausfordernd hohen Gewinne vieler Industriegesellschaften und Banken einer Aenderung unterzogen werden muß.

Außerdem sollen Tabak und Bier, Zucker und sonstige Süßstoffe herangezogen werden. Darauf hat bereits Lloyd George hingedeutet, indem er an den Artikel des Versailler Vertrags erinnerte, der uns verpflichtet, mindestens ebenso hohe Steuerlasten auf uns zu nehmen, wie sie das Ausland trägt. Allerdings ist bei indirekten Steuern immer zu beachten, daß sie eine Obergrenze in sich tragen. Steigt der Steuersatz so hoch, daß der Verbrauch zurückgeht, so ist der Steuerzweck verfehlt.

Die allerschwersten Eingriffe in das Wirtschaftsleben werden bis zum Herbst verschoben. Ehe man hier zu festen Entschlüssen gelangt, soll der Reichswirtschaftsrat befragt und muß auch der Garantieausschuß der Alliierten gehört werden, welcher weitgehende Befugnisse hat. Vor allem ist festzustellen, was die Bestimmung des Ultimatums bedeutet, daß die ausgegebenen Schuldverschreibungen in Deutschland von jeder Steuer und jeder Last jetzt und in Zukunft frei sein sollen. Auf welche Steuern bezieht sich diese Freiheit? Bloß auf die Kapitalertragsteuer oder auch auf Einkommen- und Erbschaftssteuer? Solange das nicht entschieden ist, läßt sich ein festes Finanzprogramm nicht aufstellen.

In Frage kommt eine Besteuerung des Bodens, der Gebäude und der Gewerbe. Damit betritt man das den Einzelstaaten vorbehaltene Steuergebiet und muß mit ihnen eine Verständigung suchen. Noch sträuben sie sich, auch nur das geringste davon abzugeben. Aber vielleicht ist eine Einigung dahin möglich, daß die Besteuerungsgrundsätze vom Reich bestimmt, die Steueraufkommen aber den Ländern ganz oder teilweise überlassen werden, wogegen das Reich die Wünsche der Länder, an dem Ertrag der Reichssteuern stärker beteiligt zu werden, unberücksichtigt lassen dürfte. Der Gedanke der Steuergemeinschaften findet wegen der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten wenig Gegenliebe.

Wie immer die Entscheidungen fallen mögen, es dürfen nicht nur die Bürger, sei es als Steuerzahler, sei es als Verbraucher, bedrückt werden; auch die Verwaltung hat Pflichten. Vor allem die Pflicht der Sparsamkeit und der höchsten Kräfteentfaltung. Endlich muß die Vereinfachung der Aemter und der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit in den Aemtern durchgeführt werden. Anläufe sind genug gemacht, das Ziel aber blieb noch immer unerreicht. Die Opferfreudigkeit wird nicht gehoben, solange man mit Fingern auf die Verschwendung hinweisen kann, die an vielen Stellen trotz aller gegenteiligen Versicherungen getrieben wird.

Polen in Not.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die großen politischen Verschiebungen innerhalb der Entente können nicht ohne Einfluß auf Polen bleiben. Frankreich beginnt zu erkennen, daß das französisch-polnische Bündnis nur ein brüchiges Fundament für die Zukunft ist und hat demgemäß den neuen Kurs eingeschlagen, der bei größerer Nachgiebigkeit England gegenüber den Lebensinteressen Deutschlands etwas mehr entgegenzukommen scheint. Man sieht in Paris den Tag kommen, an dem man zähneknirschend der Mehrheit der Welt nachgeben und Oberschlesien aufgeben muß. Diese Erkenntnis dämmert auch langsam in Warschau. Sie wird mit eindringlicher Deutlichkeit durch das gewaltige Sinken der polnischen Valuta illustriert. Die Polenmark steht heute um 100 % tiefer als vor dem oberschlesischen Aufstand, und Warschauer Finanzleute versichern, daß der Tiefstand der Valuta noch nicht erreicht sei.

Polen hat statt positiver Arbeit drei Jahre ununterbrochen der Welt erzählt, ihm gehöre Oberschlesien. Statt die unerschöpften Kohlenreviere von Dombrowa produktiv auszubeuten, hat man wahnsinnige Annektierungspolitik geführt, die die Eroberung der Ukraine und von Teilen Rußlands bezweckte, und damit nur die endgültige Zerrüttung der polnischen Finanzen erreicht. Das Bündnis mit Frankreich blieb der letzte Rettungsanker. Nun schwindet auch er. Die Ernüchterung beginnt Platz zu greifen. In den wenigen Ruhestunden zwischen den Rauschzuständen sagen sich selbst die Führer der polnischen Politik, daß die Fortsetzung des gefährlichen Weges zum sicheren schnellen Ruin führen muß.

Der soeben aus dem Hauptquartier Korfantys zurückgekehrte und gut unterrichtete Sonderberichterstatter des „Purjer Poramny" scheint vom Siege Polens nicht mehr sehr überzeugt zu sein, indem er schreibt, daß nur auf der breiten Plattform einer französisch-deutsch-polnischen Wirtschaftspolitik ein Ausweg aus der jetzigen Lage zu finden sei; denn wo zwei Parteien sich stritten, freue sich der Dritte, und das sei England. Ein anderes Blatt, „Purjer Polski", unterstreicht diese Gedanken, indem es sagt, es hätte schon längst für die Verwirklichung dieser Ideen sich ins Zeug geworfen. Siegt die Gerechtigkeit in Oberschlesien, so wird Polen sich noch zu ganz anderen Erkenntnissen durchringen müssen.

Tarnowitz von den Polen besetzt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Juni. Seit Montag nacht haben sich in Tarnowitz, wie die Blätter aus Oppeln melden, heftige Kämpfe abgespielt. Polnische Insurgenten drangen unter dem Schutze des Feuers eines Panzerzuges in einige Straßen der Stadt ein und verübten Plünderungen. Eine aus Bürgern der Stadt und Flüchtlingen gebildete Selbstschutzkompagnie drängte die Insurgenten an die Ausgänge der Stadt zurück. Die französische Besatzung verhielt sich vollkommen passiv. Nachdem die Insurgenten gedroht hatten, die Stadt mit Geschützen zu beschießen, wurde Dienstag abend Tarnowitz besetzt. Auch Kattowitz befindet sich in ernster Gefahr. Es haben schwere Beschießungen der Stadt stattgefunden, an denen sich drei polnische Panzerzüge beteiligten. Es verlautet, daß englische Stoßtrupps gegen Königshütte und Tarnowitz eingesetzt worden sind, um beide Städte von den Polen zu befreien.

Eine Forderung der „Times".

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Juni. Die „Times" melden aus Kattowitz, es sei zwecklos, zu glauben, daß das Einschieben britischer und französischer Truppen zwischen die Deutschen und Polen Kämpfe zwischen den beiden Ländern verhindern werde. Die Anwesenheit der britischen Truppen habe bisher keine Aenderung in der französischen Politik des Geschehenlassens hervorgerufen. Trotz des Ehrenworts des französischen Generals de Brantes, daß Gleiwitz von den Aufständischen nicht angerührt werden soll, feuerten die Polen ihre Gewehre regelmäßig unter den Augen der französischen Posten ab. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Polen die Absicht haben, Gleiwitz nächstens zu nehmen. Die Besetzung irgend einer Stadt durch die Polen bedeutet aber bei der augenblicklichen Disziplinlosigkeit der Polen Unruhen, Plünderungen, Raub und Mord. Der Berichterstatter schließt, mit allem könne in wenigen Tagen Schluß gemacht werden, wenn die Alliierten energisch und gemeinsam handeln würden.

Die Beschießung Ratibors.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Ratibor, 9. Juni. Der Magistrat der Stadt Ratibor sandte an die alliierte Kommission ein Telegramm, worin er fordert, daß die Beschießung Ratibors durch die Geschütze der Aufständischen sofort aufhören müsse. Auch General Höfer will bei der Interalliierten Kommission vorstellig werden. Der italienische Kommandant in Ratibor, Miglio, hat den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt weiterhin von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnische Stellung in Hohenbirken, Lubon und anderen Vororten von Ratibor ebenfalls unter Feuer nehme. Die Insurgenten haben darauf das Versprechen gegeben, die Stadt nicht mehr mit Artillerie zu beschießen.

Schwere Stunden für Kattowitz.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Kattowitz, 9. Juni. Die Nacht vom 6./7. Juni gehört zu den schwersten, die Kattowitz seit dem Ausbruch des Aufstandes erlebt hat. Nach der Nikolaistraße wurden während der Nacht vom Belagerungsviertel etwa 3000 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren abgegeben. Unter dem Maschinengewehrfeuer lagen auch die Holtenstraße und die Emmastraße, sowie die Heinzenstraße. Der Sachschaden ist beträchtlich. Man erwartet, daß die Engländer heute oder morgen in Kattowitz eintreffen werden. Die Kämpfe im Koseler Hafen, bei Ujest und Slawentzitz seien sehr erbittert gewesen.

Der englische Marsch.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Breslau, 9. Juni. Seit vergangener Nacht versuchen die Polen, Kattowitz unter allen Umständen in ihre Hand zu bekommen. Aus Oppeln wird berichtet, daß der englische Vormarsch auf Kattowitz so beschleunigt wird, daß das Eintreffen der Engländer in Kattowitz noch heute oder spätestens Morgen erfolgen wird. An den militärischen Operationen der Engländer beteiligen sich auch zwei Bataillone Italiener mit Artillerie. Diese alliierten Truppen gehen entlang der Bahn Kreuzburg—Rosenberg—Lublinitz gegen Beuthen in breiter Front vor. Die Besetzung von Tarnowitz wird im Laufe des heutigen Tages erwartet. Die englischen Truppen rücken in der Richtung auf Königshütte vor, dessen Befreiung ebenfalls bevorsteht.

Korfanty pfeift auf die ganze Welt.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Juni. Der Korrespondent des „Manchester Guardian" hat Korfanty in seinem Standquartier in Schoppinitz aufgesucht. Korfanty war gerade heiterer Laune, da er anscheinend gute Nachrichten aus Paris erhalten hatte. Auf die Frage des Journalisten, was er über die Haltung der Entente dächte, antwortete Korfanty: „Ich pfeife auf die ganze Welt. Wir haben schon erreicht, was wir wollten. Die Gefechte sind gut abgelaufen, und wir setzen uns jetzt an die Einrichtung unserer Verwaltung und der ökonomischen Wiederherstellung. Unsere Betriebe arbeiten wieder, und wir haben neue Werke in Polen gefunden. Die meisten deutschen Beamten und Techniker sind auf ihren Posten geblieben. Wir haben in den deutschen Verwaltungen wenig verändert, nur die deutschen Bürgermeister sind durch polnische ersetzt und die Kreisräte abgesetzt worden."

Lerond bleibt natürlich.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Paris, 9. Juni. Der Intransigeant erklärt das heute vormittag verbreitete Gerücht, General Lerond werde von seinem Posten in Oberschlesien abberufen, für unbegründet.

Hoefer und Hennicker.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Juni. Der Berliner Vertreter des Reuterbureaus erfährt, daß General Hoefer dem englischen Befehlshaber in Oberschlesien, General Hennicker, das endgültige Versprechen gegeben habe, daß er nicht vorrücken werde. Man sei der Ansicht, daß das Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegegenden sehr erleichtern werde.

Bayern und die Einwohnerwehrfrage.

(Von unserem Korrespondenten.)

Als die Münchener Räterepublik im Frühjahr 1919 gestürzt wurde, da hatten neben den Reichswehrtruppen und dem gegen den hartnäckigen Widerstand des letzten bayerischen Kriegs-, Verzeihung, Militärministers, Herrn Schneppenhorst, endlich gebildeten bayerischen Freikorps Epp auch Kampfgruppen, die auf dem flachen Lande sich organisiert und in München unter dem Eindruck des Geiselmordes schnell zusammengefunden hatten, ihren vollen Anteil an der Befreiung. Sie wurden der Kern, der vom sozialistischen Ministerium selbst als notwendig erkannten, schließlich unter der Leitung zielbewußter Männer ausgebauten, das ganze Land umspannenden Organisation der Einwohnerwehr.

Alles, was Ordnung und Ruhe wollte, war zum Eintritt aufgefordert, ausgeschlossen die Kommunisten und die unsicheren Kantonisten der U. S. P. Die Mehrheitssozialisten zeigten jedoch bald die kalte Schulter, als sie merkten, daß ihre Absicht, die Führung an sich zu reißen, bei dem ausnahmsweise einmütigen Bürgertum kein Verständnis fand. Im Quadrat der Entfernung von jenen Tagen, da auch sie um den Schutz dieser Bewaffneten froh war, wuchs die Abneigung der Mehrheitssozialdemokratie, d. h. ihrer offiziellen Instanzen, gegen die Einwohnerwehr, und bald trat sie in Wettbewerb mit den Radikalen um den Preis der Hetze im Innern und der Denunziation bei der Entente. Manche Fehler in der Regie, manche dem bajuvarischen Temperament zusagenden Uebertreibungen stützten scheinbar ihre Argumente. Bei Böswilligen nur; denn jeder Unvoreingenommene wußte, daß weder Führung noch Gefolgschaft etwas anderes wollte, als Ruhe und Ordnung sichern im Innern. Reaktionäre Putsche lagen ihnen fern. Beweis die Kappiade, die wahrhaftig für einen Wiederumsturz recht verlockend waren. Beweis, daß während der letzten zwei Jahre nicht eine Provokation der Arbeiter geschah. Man vergleiche dagegen die Taten der Eisnerschen Soldateska oder gar der roten Armeen, die deren Erbe angetreten haben. Wer die Kundgebung auf dem Königsplatz mitgemacht, wer mitgezogen ist durch die Straßen, der weiß, daß sie nur für den eine Herausforderung gewesen sein kann, für den nach Erich Mühsam Unruhe die erste Bürgerpflicht ist. Es war eine vaterländische Kundgebung für den Wiederaufbau — und weiter nichts.

Sie war auch eine deutsche Kundgebung. Das aber paßte den Franzosen nicht. Glaubten sie doch separatistische Absichten in der Einwohnerwehr vermuten zu dürfen. Darum waren sie anfangs freundlich. Darum dann der Umschwung und darum setzte sehr bald die Hetze außerhalb Deutschlands ein, z. B. durch den Pseudodoktor, der aus München die ehrenwerte „neutrale" Züricherin bedient. Vor offenen Lügen schreckte man nicht zurück und fand immer wieder Unterstützung bei der sozialistischen Presse aller Nuancen, auch in Frankfurt und an der Jerusalemerstraße in Berlin. So wurde schließlich jene Atmosphäre geschaffen, in der Frankreich glaubte, wieder einsetzen zu können mit der Arbeit an seinem letzten und höchsten Ziel, der Zertrümmerung des Reiches. Man muß wissen, wie dem Bayern seine Einwohnerwehr schließlich ans Herz

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

gewachsen war, nicht allein, weil er sie für eine Notwendigkeit erkannt hatte, sondern schließlich als einen Ehrenpunkt. Die Regierung und Oberleitung der Wehr bemühten sich heiß, aber vergeblich, um einen Ausweg. Keine Frage des politischen Unitarismus der Weimarer Verfassung und des praktischen Neuberlins hat das Treuegefühl der Bayern zum Reich, zumal der Altbayern, die sich spät, aber ehrlich dazu durchgerungen hatten, schwerer belastet. Die Reichsregierung mußte die Verantwortung für eine Entwaffnung und Auflösung übernehmen. Das hat v. Kahr ja schon längst verkündet. Der Bruch konnte nur vermieden werden, wenn die Einwohnerwehr aus sich heraus zur Erkenntnis der Notwendigkeit kam und danach handelte. Das wird geschehen nach schwerem inneren Ringen, nachdem die letzte Hoffnung geschwunden ist, daß die eisernen Fesseln, die Ultimatum und Sanktionen wenigstens, von Bayern auf Grund staatsrechtlicher Nachprüfung abgestreift werden könnten. Noch die Erklärung von Kahrs weist auf diese Gedankengänge hin. Vergebens. Wenn die alten rechtsphilosophischen Erkenntnisse, daß Grundlage alles Rechts die Macht ist, je durch die Tatsachen begründet worden sind, so durch die deutsche Geschichte der letzten zweieinhalb Jahre. Was wir erlebt haben, ist alles dämonische Folgerung aus der Revolution, die zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, über Versailles, Spaa, London geführt hat, führen mußte. Auch die Entscheidung in der Einwohnerwehrfrage ist nur ein Glied in dieser Kette. Zähneknirschend haben sich die Einsichtigen gefügt, und das einzig Erfreuliche ist daran, daß sie es getan haben mit Rücksicht auf die anderen Länder der Reichsgemeinschaft. Für die Trennung vom Reich wäre Bayern seine Einwohnerwehr gern gelassen worden. Das soll aber auch das Reich bedenken.

Noch ist von Escherich die Auflösung nicht ausgesprochen. Er wird sie aussprechen, wenn auch gegen Willen und Meinung weniger Heißsporne, weil er sie aussprechen muß. England, das an sich der Einwohnerwehr gar nicht ablehnend gegenüberstand, hat hier Frankreich Entgegenkommen gezeigt und durch Herrn Seeds deutlich genug gesprochen. Escherich ist seinem Freund von Kahr die selbstlose Tat schuldig; denn darüber ist kaum ein Zweifel, daß der Ministerpräsident eher von seinem Posten scheidet, als gegen den Willen der Organisation, sie auflöst. Ein Mißverständnis hat die glücklich eingeleitete, schon erfolgreiche Mission des Vertrauensmanns der Koalition, Geh. Rat Held, unterbrochen. Aber je schneller das Notwendige geschieht, desto besser wird es sein. Für die Ruhe und Ordnung im Lande ist die Erhaltung des Ministeriums notwendig. Der Ministerpräsident hat das volle Vertrauen der Koalitionsparteien.

Die Einwohnerwehr muß aufgelöst werden, soll das Reich nicht in Stücke gehen. Die Form muß auf Grund des Diktats der Feinde zerbrochen werden. Der Geist, der sie geschaffen, und den sie ihrerseits in Wechselwirkung wieder gestärkt hat, wird bleiben. Wird er neue Formen finden, die die Entente wird dulden können? Schon sein Dasein allein wird gegen die Mächte des Umsturzes wirken. Er hat Bayern zur „Ordnungszelle" gemacht; denn er war sich seiner sozial-ethischen Sendung bewußt. Er wird weiter leben und seine Mission erfüllen. Nur eines tut not, daß nach der Klärung des Geistes keine neue Verwirrung in die eigenen Reihen getragen wird, sondern ihr die volle, endgültige Klärung der Lage folgt.

Fr.

*

Die Entwaffnungsfrage vor der Botschafter-Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Paris**, 9. Juni. Die Botschafterkonferenz hat sich in der am Mittwoch mitag abgehaltenen Sitzung mit verschiedenen Fragen über die Anwendung der Friedensverträge, insbesondere mit der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren beschäftigt.

Die Entwaffnungsfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **München**, 9. Juni. Vor kurzem beschäftigte sich die gesamte deutsche Presse mit dem Entwaffnungsschreiben, das der Reichsminister des Innern an alle Landesregierungen gesandt hatte. Die „Münchener Zeitung" ist in der Lage, dieses streng vertrauliche Rundschreiben im Wortlaut zu veröffentlichen. Danach fallen Jagdgewehre und Revolver nicht unter die abzuliefernden Waffen. Schützenvereine sind nicht aufzulösen. Wörtlich heißt es weiter: „Eine Mobilmachungsmaßnahme wird nicht in der Tatsache erblickt werden können, daß Vereinigungen, die sich zum Schutze gegen das Verbrechertum und zur Verteidigung des Lebens und Eigentums gebildet haben, derartige Maßnahmen für ihre engere Heimat oder kleinere Bezirke treffen, lediglich deshalb, um die Durchführung ihres eigentlichen Zweckes zu ermöglichen. Insbesondere wird auch zu prüfen sein, ob nach diesen Ausführungen die Selbstschutzorganisationen und ähnliche Einrichtungen, die an Stelle der Einwohnerwehren getreten sind, zur Auflösung zu gelangen haben werden."

Auswärtige Staaten.

Eine Rede Churchills.

(Eigener Drahtbericht.)

Manchester, 8. Juni. (Reuter.) Churchill erklärte in einer Rede u. a., die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden beruhe in der Erreichung einer Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Großbritannien möge bestrebt sein, die Zwietracht zwischen dem französischen und dem deutschen Volke zu mildern. Sobald die Exportwaren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich verwendet würden, würden sie für die Eigentümer durchaus nutzbringend sein, da ein durch den Krieg geschaffenes künstliches Vakuum dadurch ausgefüllt würde. Eine Ausfuhr größerer Mengen deutscher Waren nach England würde jedoch zweifellos den englischen Ausfuhrhandel erheblich schädigen. Dies gelte auch von den Vereinigten Staaten. Deutschland lasse seine unterernährte Arbeiterschaft, um Kriegsentschädigung zu zahlen, Ueberstunden machen und seine Fertigwaren ausführen. Je länger dieser Prozeß fortdauert, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands. Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 40 oder 50 Jahre seine Schulden an jedermann zu bezahlen, so würde Deutschland Herr jeden Marktes in der Welt und die größte Ausfuhrnation geworden sein. Die Vereinigten Staaten würden, wenn sie alles, was ihnen geschuldet werde, erhalten, dadurch den eigenen Ausfuhrhandel zum größten Teil zertrümmern. Es sei zwecklos, sein Vertrauen auf einen papierenen Völkerbund zu setzen.

Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung in England.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **London**, 9. Juni. Das Unterhaus hat am Mittwoch nachmittag mit großer Mehrheit die vom Arbeitsminister Max Namara eingebrachte Vorlage angenommen, wonach die Arbeitslosenunterstützung vom 4. Juli ab für Männer von 1 Pfund auf 15 Schilling per Woche und für Frauen von 18 auf 12 Schilling herabgesetzt wird. Der Arbeiterbeitrag wird auf 7 Schilling pro Woche, der der Arbeitgeber auf 8 Schilling erhöht. Der Staat wird den vierten Teil beider Beiträge auf sich nehmen.

Eine weitere Nachwahl in England.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **London**, 9. Juni. Bei der Ersatzwahl zum Parlament in Heywood (Grafschaft Manchester) siegte der Kandidat der Arbeiterpartei Halls mit 13 430 Stimmen. Der Kandidat der Koalitionsliberalen erhielt 13 125 und der der Liberalen 5671 Stimmen.

Ueberall englische Aufsicht.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Athen**, 9. Juni. Ein englischer Dreadnought ist vor Korfu angekommen.

Besprechung Dr. Sthamers mit Dr. Rosen.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Juni. Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer hat sich zu einem kurzen Aufenthalt nach dem Haag begeben, wo er mit dem Reichsminister des Aeußern Dr. Rosen zusammenzutreffen gedenkt.

Der Wegweiser.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Paris**, 9. Juni. Minister Barthou gab heute vormittag im Rahmen eines Propagandavortrages vor ausländischen Journalisten Aufklärung über seine Reise durch die besetzten Gebiete.

Die französische Seeabrüstung.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Paris**, 9. Juni. Die französische Kammer begann heute die Hauptberatung über das Schiffsbauprogramm. Nach vielen Verhandlungen in der Marinekommission haben sich die vereinigten Marine- und Landwehrausschüsse dahin geeinigt, dem Parlament Kredite vorzuschlagen zum Bau von 5 Panzerschiffen, Typ Normandie, 3 leichten Kreuzern, 6 Torpedojägern, 12 Torpedobooten und 12 U-Booten, außerdem einen Kredit für die Umwandlung des Kreuzers „Berne" in ein Flugzeugmutterschiff.

Die Angst des französischen Rentners.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Paris**, 9. Juni. Die britische Antwortnote auf den französischen Protest gegen die England gewährten Konzessionen in Rußland enthält die Weigerung, der französischen Hypothek auf das russische Nationalvermögen Rechnung zu tragen. Dadurch sind Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich entstanden. Frankreich hatte verlangt, daß England keine russischen Zahlungen und Konzessionen annehmen solle, solange die Räteregierung die Schulden des zaristischen Regimes gegenüber Frankreich nicht anerkannt habe.

Der Achtstundentag in Belgien.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Brüssel**, 9. Juni. Die Kammer hat mit 121 gegen 7 Stimmen den vom Senat verbesserten Gesetzentwurf über die Einführung des Achtstundenarbeitstages und der 48 Stunden-Arbeitswoche angenommen.

Kohlenarbeiterstreik in der Borinage.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 9. Juni. „Siècle" kündigt an, daß 11 000 Kohlenarbeiter in der Borinage (Hennegau) in den Ausstand getreten sind als Protest gegen die Lohnreduktion.

Giolittis Innenpolitik.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Mailand**, 9. Juni. Giolitti hat dem Ministerrat den vereinbarten Wortlaut der Thronrede für die Eröffnungssitzung der neuen Kammer vorgelegt. Sie enthält kein eigentlich neues Regierungsprogramm. Es werden verschiedene Fragen wieder angeführt, die schon in der früheren Kammer auf der Tagesordnung standen und in der neuen Legislaturperiode bearbeitet werden sollen. Die Staatsprüfung wird in der allgemeinen Formel der Unterrichtsfreiheit eingeführt. Die Frage der Betriebskontrolle wird „Mitwirkung der Arbeiter in der Kontrolle der Industrie" genannt. Absichtlich nicht ausführlich und unbestimmt gefaßt, scheint die Rede übermäßige Hoffnungen und unbegründete Befürchtungen vermeiden zu wollen. Die Regierung beansprucht jene Handlungsfreiheit, die in einem Augenblick unerläßlich erscheint, da alle Anstrengungen des Landes sich einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung zuwenden müssen.

Italienische Kritik.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Mailand**, 9. Juni. Italien wendet sich auf Grund seiner Politik des europäischen Gleichgewichtes gegen die Möglichkeit eines englisch-französischen Sonderbündnisses. Die Aufteilung des Gebietes vom Rhein bis zum Euphrat in Einflußzonen wäre nach dem Urteil der offiziösen Stampa nur schädlich für Deutschland, Italien und die Türkei und für das auf die Stufe eines Vasallenstaates herabsinkende Griechenland, aber auch für Frankreich und England selbst. England müßte auf die Pazifizierung Europas und Frankreich auf seine Orientpolitik verzichten.

Die Vereinigten Staaten und Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 9. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune", Henry Wales, schreibt: In den amtlichen amerikanischen Kreisen in Europa werde die Ueberzeugung immer stärker, daß die Vereinigten Staaten entweder einen Teil des Vertrages von Versailles ratifizieren oder über einen neuen Vertrag mit Deutschland verhandeln und den Frieden schließen müßten. Amerikanische Beamte in Europa glauben, daß ein endgültiger Friedensschluß zwischen Deutschland und Amerika auch Klarheit über die künftige Stellung des Völkerbundes schaffen werde; denn es sei wahrscheinlich, daß, wenn der Völkerbund in seiner Gesamtheit von den Vereinigten Staaten offiziell abgelehnt werde, er in seiner September-Versammlung zweifellos auseinanderbrechen werde.

Wer rüstet zuerst ab?

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Neuyork**, 9. Juni. Kriegsminister Wecke sagte in einer Rede, obwohl er den Krieg verabscheue, sei er doch der Ansicht, daß es die größte Torheit sein würde, wenn Amerika als erstes Land abrüste. Aktive militärische Vorbereitungen würden von denen unternommen, mit denen die Vereinigten Staaten möglicherweise zusammentreffen würden. Wecke sagte weiter, er denke nicht einen Augenblick an die Möglichkeit eines Krieges mit Großbritannien, denn ein solcher Konflikt würde das Ende der Zivilisation bedeuten.

Die Anschlußbewegung.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Prag**, 9. Juni. „Cesko Slowo" meldet aus Wien: Unser Berichterstatter erfährt aus diplomatischen Ententekreisen, daß derzeit Besprechungen unter den Ententemächten stattfinden, die sich mit Schritten in der Angelegenheit der Anschlußabstimmung in Oesterreich beschäftigen. Frankreich ist entschlossen, falls die Abstimmung fortgesetzt werden soll, Strafsanktionen in der Weise einzuführen, daß die Städte Graz, Salzburg und Innsbruck besetzt werden. Für die Besatzungskosten müßten die betreffenden Städte aufkommen.

*

Die Befugnisse der alliierten Zollbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Koblenz**, 9. Juni. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Bekanntmachung über die Befugnisse der alliierten Zollbeamten erlassen, die sofort in Kraft tritt und folgendes bestimmt: Die Zollbeamten der Alliierten haben in Abwesenheit der deutschen Beamten oder in Fällen, wo diese sich weigern, die ihnen obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, die gleiche Befugnis wie diese Beamten, soweit es sich um Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen handelt. Die Berichte und Vernehmungsprotokolle, die sie zu diesem Zwecke verfassen, werden nach den Vorschriften der Gesetzgebung ihrer Länder oder in der von der deutschen Gesetzgebung vorgeschriebenen Formel abgefaßt.

Theater und Musik.

Badisches Landestheater.

Mitteilung der Intendanz: Die letzten Proben zu der Uraufführung „Walpurgisnacht" von Max Steidel sind in vollem Gange. Das neue Bühnenbild des 1. Aktes ist entworfen und ausgeführt von Emil Burkard. Die Uraufführung findet am Dienstag, den 14. d. Mts. statt. — Für die bevorstehende Aufführung des „Rings des Nibelungen" (18., 19., 22. und 26. Juni) ist eine besondere Preisermäßigung durch Zulassung der Vorzugskarten vorgesehen. Die Inhaber der Vorzugskartenhefte haben den Vorrang bei der Lösung der Karten am Freitag, den 10. d. Mts., vormittags ½10—1 Uhr und nachmittags ½4—5 Uhr.

Lieder zur Laute und Gitarresolo wurden am Mittwoch abend im Saal des Munzschen Konservatoriums in einer anregenden und namentlich für Freunde des Instrumentes sehr anziehenden Veranstaltung dargeboten. Ausführende waren der schon durch einen Lauten-Abend im vorigen Jahr bestens bekannte Lautenvirtuos Karl Klehammer und die Sängerin Gertrude Reuter. Beide Künstler hatten sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam eine Reihe Liedlein aus dem 16. und 17. Jahrhundert vorzutragen, die z. T. auf neudeutsche Texte übertragen waren. Sind die melodische Linie und der harmonische Fortschritt sehr einfach gehalten, so können sie doch vorwiegend im Hinblick auf das Gerank und den ornamentalen Schmuck des Begleitinstruments mindestens als ein Gemisch von Volkstümlichem und Kunstlied betrachtet werden, so wie es damals und bis ins 19. Jahrhundert hinein in den besseren bürgerlichen Häusern und Salons gepflegt worden ist. Kann man sich dagegen heute kaum von der Vorstellung einer bloßen musikhistorischen Kuriosität frei machen, so wurden einst doch Ansprüche vorgebracht, das Instrument neben anderen zur Anerkennung selbst im virtuosen Konzertgebrauch zu führen, wie die von Herrn Klehammer meisterhaft gespielten Solostücke von Sor verraten, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Paris der Komposition für Laute und Gitarre lebte. Wie er hatte auch Gertrude Reuter mit dem ansprechenden, sehr fein auch die oft humoristische Note betonenden Vortrag stärksten Beifall, der sie zur Zugabe des bekannten Scherzliedchens vom Kakadu und zur Wiederholung des Wäscherin-Liedes von Ruch veranlaßte. Die Veranstaltung soll am Freitag wiederholt werden.

Drahtlose Opern-Uebertragung. Die gestrige Vorstellung der Berliner Staatsoper wurde auf drahtlosem Wege ganz Europa zugänglich gemacht. Im Spielraum wurden die Musik und die Gesänge aufgefangen und durch drahtlose Leitungen nach der Grenzfunkenstation König-Wusterhausen geleitet. Durch eine Uebertragungsvorrichtung wurde die Oper drahtlos in einem Umkreis von 1200 Kilometer weiter geleitet. Auf diese Weise war es möglich, nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in London, Paris, Rom, Petersburg, Christiania und anderen Orten die Gesänge und Musik zu hören.

Kunst und Wissenschaft.

Rezitationen von Irene Triesch.

Eine Bestätigung aus der „Provinz" braucht Irene Triesch nicht. Das Urteil über diese in der Glanzzeit des Brahmtheaters zu den hervorragendsten Künstlerinnen gehörende Schauspielerin und Sprecherin liegt fest. (Sie, die starke Ibsendarstellerin, ist in neuerer Zeit in die Vorderreihe der Ibsenbekämpfer getreten und verbrennt nun die Götter, denen sie im Jugendschwang zu Füßen gelegen.)

Die wundervolle Gestalt einer ausgeprägten östlichen Rassenschönheit bestrickt auch auf dem Podium, Mimik und Geste ist sparsam, aber von unentrinnbarer Gewalt, das Organ von ungeheuerer Diszipliniertheit, die Wortbilder und Begriffe sind sichtbar geschmiedet, die Sinndurchdringung von einer strahlenden Geistigkeit. Bewunderungswürdig z. B. auch, wie die Vortragende unwichtige Stellen und ganze Nebensätze sozusagen wegwischte, um immer nur den Kern herauszustellen. Zum Vortragsprogramm indessen lassen sich einige Bemerkungen nicht unterdrücken. Es war darin das höchste Raffinement, nämlich die großlinige Einfachheit, angewendet worden. Da die Rezitatorin die besten Namen beschwört, entwaffnet sie jeden Angreifer. Und doch und doch war die Linie Bibel—Homer—Goethe nicht mitreißend, nicht bunt genug für das Vortragspublikum, wie es nun einmal ist und seine eigenen Gesetze zäh schafft. Die heroischen und idyllischen Bilder aus der jüdischen Sagengeschichte wirkten dergestalt nur in einem Beispiel (der Simsonsage) und dann noch einmal bei der gebundenen Rede, dem Psalm 90, weil dessen Gebetsrhythmen im Lutherdeutsch uns allen im Blut kreisen. Und dabei hatte Irene Triesch aus Jesaia und Hesekiel Stücke gewählt, die einen nicht zu übersehenden Parallelismus zu unsern Tagen heraufführen.

Wie unaussprechlich kulturlos wir heutigen Menschen sind, ward einem beschämend klar, als die Vortragende aus der Iliade den Todeskampf Hektors mit Achilleus in Vossens Hexametern rezitierte. Was vor Tausenden von Jahren von Rhapsoden als Mythos und Religion aus der Seele in die Seele gesungen ward, hörten wir armselige Geistknechte, nicht Geistherren, von einer höchst artistischen Frau auf einem Podium deklamieren, wozu als groteskes, ja ärgerliches und darum grausam desillusionierendes Moment kam, daß man drangvoll gekeilt in Bruthitze saß und mit Bedauern sah, wie sich unter der Perlenkette der rosaseidenen Frau Hals und Brust mit Schweißperlen überzogen. Als aus Frauenmund gar die Schilderung kam, wie Achill die Gurgel des Hektor, onomapoetisch verdeutlicht und darum fast hörbar knarfelnd, durchstach, war es mit der Stimmung vorbei. Der Schulbetrieb gibt gewiß dem unbegreiflich hohen Sänger auch nicht das adäquate Gewand. Aber lieber wollte ich noch einmal in der Pein des Gymnasiums, angesichts der grauen Wände und des Wachstuchbüchleins des Professors einen Sang vom Vater Homer lesen und dann zu Hause in wonnigen Bubenträumen die kuhäugige Pallas Athene aus dem Zwang der Grammatik und dem Popanz des griechischen Extemporales ausgraben, als nochmals den an sich gewiß glänzenden Kunstvortrag im Konzertsaal erleben...

Irene Triesch holte aus Goethe ebenfalls nur östliches heraus und gab die Gedichte, in denen der reifste Goethe seinen, von ihm in den letzten Jahren errungenen Gottesbegriff in indische Schleier hüllt. „Der Gott und die Bajadere" — auch sonst aus äußeren Gründen bei den Rezitationen unvermeidlich, hier strenger Programmpunkt — wurde, selbst in den Erzählungsmomenten, mit höchster Dramatik vorgetragen; es folgten die Pariasymbolismen, die mit den unvergleichlichen Eingangsversen der „Talismane" einen sakralen Abschluß fanden.

—o.

Technische Hochschule Karlsruhe. An der Technischen Hochschule Karlsruhe hat sich Dr. Breuer in der Allgemeinen Abteilung als Privatdozent für das Fach der Mathematik mit einer Arbeit „Beiträge zum Abelschen Gleichungsproblem" habilitiert. Im Jahre 1891 in Frankfurt a. M. geboren, studierte Breuer nach erlangtem Reifezeugnis des Realgymnasiums seiner Vaterstadt an den Universitäten Gießen, Heidelberg, Straßburg und Frankfurt a. M. Mathematik und Naturwissenschaften. Nachdem er im März 1915 in Frankfurt a. M. die Doktorprüfung bestanden hatte, war er bis Dezember 1918 im Felde. Seit Februar 1919 bekleidet er die Stelle eines Assistenten für Mathematik an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Professor Einstein in London. Wie die Londoner Blätter melden, wird der heute aus Liverpool eingetroffene Professor Einstein am Freitag mit Lloyd George und dem Erzbischof von Canterbury zusammentreffen und darauf eine Vorlesung halten, bei der Lord Haldane den Vorsitz führen wird.

Oberst House in Berlin.

Oberst House, der bekannte amerikanische Politiker, weilte drei Tage in Berlin und ist dann nach Wien weitergereist, um dort seine Konferenzen mit Vertretern der Industrie-, Finanz- und Handelswelt fortzusetzen. Ein Mitarbeiter, der Gelegenheit hatte, längere Zeit mit dem Obersten zu sprechen, schreibt uns:

Mr. Edward M. House aus Texas U. S. A. ist zum dritten Male nach Deutschland gekommen. Die beiden früheren Besuche fanden während des Krieges statt. Aber auch diesmal dürfte es dem tüchtigsten Reporter nicht gelingen, irgend etwas Tatsächliches über das Wirken dieses Mannes in Erfahrung zu bringen. Für den Ausfrager bildet House ein völlig untaugliches Objekt. Denn dieser 62jährige hüllt sich wie einst der alte Moltke in eine undurchdringliche Wortkargheit, hält es jedoch nicht für unter seiner Würde, alle neuen Bekannten ordentlich auszuforschen, und für jedes politische Problem, wie er selbst sagt, ganz Auge und Ohr zu sein. Er macht durchaus nicht den Eindruck eines bedeutenden Mannes. In der äußeren Erscheinung ähnelt er weder dem landläufigen Typ des Geschäftspolitikers, noch dem des geschmeidigen Diplomaten. Er ist auch kein martialisch aussehender alter Militär, wie man etwa vermuten könnte. Seinen Obersten-rang hat er, nicht wie einst der schreckliche Teddy Roosevelt, in Pulverdampf und Schlachtengraus erfochten, sondern er führte ihn, wie so viele Amerikaner, nur als schmückendes Beiwort. Colonel House ist klein und unscheinbar. Er gibt sich in größerer Gesellschaft unauffällig, und wahrlich ist es diese diskrete Unauffälligkeit, die ihn mehr als alles andere dazu befähigt, der Träger wichtiger diplomatischer Missionen zu sein. House ist kein abgesagter Politiker. Nach seinem Bruch mit Wilson während der Pariser Friedensverhandlungen, und nachdem man ihn in den Obersten Kriegsrat abgeschoben hatte, kehrte er schwerkrank nach Washington zurück. Eine Zeitlang wurde er sogar totgesagt. Wilson empfing ihn nicht mehr im Weißen Hause. Auch seine Schreiben wurden nicht beantwortet. Harding beachtete den ehemaligen Vertrauten seines Amtsvorgängers ebenfalls nicht. Aber plötzlich wurde bekannt, daß der „Philadelphia Public Ledger", ein überaus rührriges amerikanisches Blatt, den Obersten House als Berichterstatter über Friedenspolitik und die neuen Wirtschaftsverhältnisse Europas verpflichtete.

Dieser Auftrag, scheinbar ganz privat und ohne Weisung von Washington, hat für Deutschland außerordentliche Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die weitverbreitete Pariser Zeitung, der „Petit Parisien", sich das Recht auf alle Informationen des „Public Ledger" gesichert hat und mit dem Abdruck der Houseschen Artikel bereits beginnt. Man kann wohl sagen, halb Amerika und halb Frankreich liest jetzt, was dieser merkwürdige Mann nach Hause berichtet. Die Selbstlosigkeit, mit der House wieder auf alle ihm angetragenen Ehren und Würden verzichtet, haben ihm in den Vereinigten Staaten den Ruf eines unbestechlichen Politikers erworben. Wer die Verhältnisse „drüben" kennt, der weiß, daß es dem amerikanischen Zeitungsleser ganz gleichgültig ist, ob House in amtlichen Auftrag reist oder nicht. Andererseits ist die öffentliche Meinung in Amerika für die jeweilige Regierung nichts anderes als der allmächtige Souffleur, von dem der politische Text ausgeht. House ist überzeugter Pazifist. Er verabscheut jeden Krieg als im Widerspruch stehend mit seinen Idealen der Menschlichkeit. Er spricht mit Entrüstung über das Schieber- und Kriegsgewinnlertum, das sich an dem Kriege und seinen Folgen bereicherte. Obwohl er Mühe hat, sein kleines Vermögen zu erhalten, daß er standesgemäß leben kann, führte er, wie er sagt, niemals Industriepapiere an, die mit dem Krieg irgend etwas zu tun haben, obwohl es ihm bei seinen Beziehungen ein Leichtes gewesen wäre, Unsummen damit auf der Börse zu verdienen. Wilson, als er noch sein Freund war, hat einst in deutlicher Anspielung auf House in einer Neuyorker Versammlung gesagt: „Ich kann Ihnen, meine Herren, ein paar Männer nennen, die jedermann fürchten sollte, weil sie keiner Unlauterkeit fähig sind. Ich denke jetzt besonders an einen, den ich noch nie dabei ertappt habe, daß er an sich selbst gedacht hätte. Ich würde es nie wagen, diesen Mann täuschen zu wollen, denn aus seinen Augen leuchtet das Licht der reinsten Wahrheit, das jede Maske durchdringt."

House war in Berlin der Gast des amerikanischen Geschäftsträgers Dr. Dresel. Wenn dies auch nur eine äußerliche Ehrung bedeutet, wie die amerikanische Diplomatensitte sie jedem hervorragenden Landsmann erweist, so lag doch darin die Bestätigung, daß Oberst House den Willen von Washington vertritt, mit Deutschland und Mitteleuropa nun in Fühlung und wirtschaftlichen Austausch zu kommen. —ar.

Aus dem Saargebiet.

Schon vor Monaten waren politische und wirtschaftliche Organisationen neben größeren Gemeindekörpern des Saargebietes in einer Eingabe an den Völkerbund herangetreten, ein dem demokratischen Zeitgeist entsprechendes, aus geheimer und allgemeiner Wahl hervorgegangenes Parlament für das Saargebiet gutzuheißen. Man sollte doch meinen, der Völkerbund und vor allen Dingen das vor Demokratie triefende Frankreich hätte diesen billigen Wunsch erfüllt? Davon keine Spur! Man hat zwar Gemeinde- und Kreistagswahlen gemacht, aber ihre politische Bedeutung, besonders die der Kreiskammern, ist gleich null, weil sie nur zu beraten haben. Die Entscheidung trifft nachher die Regierungskommission, d. h. Frankreich. Man kann also den Wunsch des Saarländers nach einem eigenen Parlament wohl verstehen, denn er will doch die Geschicke des eigenen Landes selbst bestimmen helfen. Die erste Arbeit eines Saarparlaments wäre die Schaffung einer gesunden Finanzpolitik. Wenn es nämlich so weitergeht wie bisher, muß die Geldwirtschaft vieler Gemeinden zusammenbrechen, weil ein großer Teil der Beamtengehälter aus den Gemeindekassen bestritten wird. Die Steuern, besonders die Einkommensteuer, bringt nicht genug ein. Das Saargebiet hat nämlich noch das alte Steuersystem mit einigen Zuschlägen. Ueber kurz oder lang wird auch dort eine radikale Steuerreform einsetzen müssen. Oder haben die Franzosen die Absicht, die Gemeinden immer tiefer ins Geldelend sinken zu lassen, um dann durch einige kapitalkräftige Landsleute an sie heranzutreten mit dem Vorschlag, Gas-, Wasser- oder Elektrizitätswerk, oder was sonst das Gemeindewesen an guten Einnahmequellen bisher besaß, zu verkaufen. Daß solche Pläne vorlagen, ist bekannt, aber auch die Tatsache, daß die Gemeinden nicht so unpatriotisch waren und ja sagten. Damals, als der Franken sieben Mark kostete, wäre das für den Franzmann ein feines Geschäft gewesen. Eine große Einnahmequelle droht dem Saarstaat verloren zu gehen, da die Franzosen beantragt haben, die Kohlensteuer von 20 Prozent auf 10 Prozent zu ermäßigen. Wie früher der preußische Bergfiskus, so zahlt auch jetzt die französische Bergwerksverwaltung eine Steuer für jede Tonne geförderte Kohle. Wer bürgt übrigens auch dafür, daß die 20 Prozent, die bis jetzt abgeführt wurden, auch mit den Millionen Tonnen von Steinkohlen in Einklang gebracht sind, die die Franzosen schon aus den Saargruben herausgeschleppt haben? Große Summen verschlingt der gewaltige Beamtenapparat des Landes. Ich denke da besonders an die hohen Gehälter der höheren Beamten. Früher verwaltete der Regierungspräsident von Trier mit einigen Regierungsräten das jetzige Saargebiet, das, geographisch genommen, vielleicht ein Drittel seines Amtsbezirkes ausmachte. Und um heute dem Saarländer den Segen einer guten Verwaltung begreiflich zu machen, braucht man dazu außer dem vom Völkerbund eingesetzten Staatspräsidenten Rault, der ein Franzose ist, fünf Minister, die den Vorzug haben, das Land nicht zu kennen, weil sie bis auf einen Ausländer sind. Bis nach Canada ist man gekommen, um die Minister zusammenzubringen. Der einzige Einheimische ist der frühere praktische Arzt aus Saarlouis Dr. Hektor. Daß ein Saarländer dazu gehört, war nicht Gutmütigkeit der Franzosen. Es steht so im Versailler Friedensvertrag. Jeder Minister hat seinen Abteilungsleiter, dieser wieder eine Menge Regierungsräte, diese haben wieder ihre Beamten, denen sie die Befehle geben, und so geht es fort. Die Saarregierung steht mit der Reichsregierung immer auf Kriegsfuß. Einmal handelt es sich in diesen Verwicklungen um die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, das andere Mal weigert sich jede der Parteien, die Pensionen für die Altpensionäre zu übernehmen. P. D.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Die Sitzung wurde um 9½ Uhr eröffnet. Zunächst wird die Einzelberatung über den Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat erörtert. Aufhäuser erläutert den vom Ausschuß beschlossenen Absatz 2 des § 1, der beabsichtigt, eine Umgehung des Gesetzes durch Umgehung des Aufsichtsrates unmöglich zu machen. Geheimrat Schwarz (Arbeitgeber) tritt für die Streichung des Absatzes 2 ein. Wenn eine G. m. b. H. die Abschaffung des Aufsichtsrates beschließt, so sei das keine Umgehung des Gesetzes. Die Abstimmung über den Arbeitgeberantrag auf Streichung des Absatzes 2 bleibt zunächst zweifelhaft. Hammelsprung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 101 gegen 90 Stimmen. Es bleibt also bei der Fassung des Ausschusses.

Zu § 3 liegt ein Arbeitgeberantrag vor, wonach die Betriebsräte im Aufsichtsrat nur die Interessen der Arbeitnehmer vertreten sollen, während nach der Ausschußfassung die Betriebsräte den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern gleichgestellt sein sollen. Professor Dr. Frank, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, appelliert an die Einsicht der Arbeitgeber, um sie zur Zurückziehung ihres Antrages zu veranlassen. Die Arbeitgeber sollten in der jetzigen kritischen Zeit ihren nutzlosen Widerstand gegen die zeitgemäßen Forderungen aufgeben. Urban (Angestelltenverband) empfiehlt einen neuen Antrag, wonach die Betriebsratsmitglieder von der zivilrechtlichen Haftung befreit sein sollen. Nach Beendigung der Debatte ziehen die Arbeitgeber ihren Antrag zurück, ebenso die Arbeitnehmer. Der Paragraph wird in der Ausschußfassung angenommen.

Der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky, der seiner Zeit vom Reichskabinett in den Reichswirtschaftsrat berufen worden ist, hat sein Mandat niedergelegt. An seiner Stelle ist in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts der Chefredakteur der „Freiheit" Dr. Hilferding zum Mitglied des Reichswirtschaftsrats ernannt worden.

Die Revision des bayerischen Selbstverwaltungsgesetzes

wird, wie uns unser Münchener fr-Korrespondent drahtet, bald den Landtag beschäftigen. Der Referentenentwurf des Ministeriums des Innern ist zur Zeit den anderen Ministerien und den Selbstverwaltungskörperschaften unterbreitet. Das unter dem Ministerium Hoffmann in Bamberg gegebene Selbstverwaltungsgesetz vom 22. Mai 1919 hat den Städten auch jene Bestimmungen über das Volksbegehr für Neuwahlen beschert, auf Grund deren die sozialdemokratische Mehrheit von insgesamt 2 Stimmen in München noch ihr Dasein fristet.

Ein ewig beschlußunfähiger Landtag.

In der gestrigen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung sollte darüber abgestimmt werden „daß der Staatshaushaltsplan dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen wird. Es ergab sich wiederum die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Der Präsident schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Aeltestenausschuß beschlossen habe, die Sitzungen auf etwa drei Wochen auszusetzen.

Aus den Parteien.

Politische und wirtschaftliche Tagesfragen

war das Thema, über das Herr Abgeordneter Freudenberg am Mittwoch abend für die Frauenbildung der Deutschen Demokratischen Partei im Schlößle sprach. Der Redner gab in klaren Zügen die Grundzüge und die Notwendigkeiten an, die Politik und Wirtschaft verbinden. Voll tiefen Ernstes klangen seine Worte von unserer Not und unserer Zukunft, die Männer und Frauen fordert, die lauter und treu sind, die den Mut auch zur Unpopularität haben, und den Mut, klar und stark unsere Armut zu sehen und zu tragen. Sehr vieles, was ganz besonders den Hausfrauen wichtig und nötig ist; denn sie sind doch ein ganz bedeutender wirtschaftlicher Faktor, da zwei Drittel unseres Volksvermögens durch ihre Hände gehen, wurde von Herrn Freudenberg erklärt und erläutert. Kohlenfragen, Steuern, Mietsteuern und alle einschlägigen Fragen standen klar und leicht verständlich im Bild der Rede. Dieses Bild war ernst und düster, aber getragen von innerem Willen zu strenger Mitarbeit und Hinaufarbeit. Solch klarer Blick für unsere wirkliche Lage muß auch den Frauen werden, damit sie alle endlich das endlose Klagen lassen und ernst und wissend mitarbeiten im Kleinen und Kleinsten. Die rege Aussprache zeigte die tiefe Wirkung des Vortrags und das Interesse an all den behandelten Fragen. Dem Redner wurde herzlichster Dank; der Wunsch nach solchen Abenden, die uns im Laufe des Jahres noch werden sollen, war allerseits rege.

Frl. Elisabeth Kirsch sang mit wohlgeschulter und schöner Stimme Lieder von Schubert und Brahms. Am Klavier war ihr Frl. Amalie Müller eine ausgezeichnete Begleiterin.

Sozialpolitische Rundschau.

Landeskonferenz des Personals der badischen Heil- und Pflegeanstalten.

In Baden-Baden fand am Sonntag eine Konferenz für das Lohntarifpersonal der badischen Heil- und Pflegeanstalten statt, die vom Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner (Christliche Gewerkschaft) einberufen war, um Stellung zu nehmen gegen die geplanten Tarifverschlechterungen von seiten des Ministeriums der Finanzen. Bezirksleiter Faßbender erläuterte die verschiedenen Punkte des Tarifvertrages, die eine Verschlechterung erfahren sollten. Die Konferenz beschloß nach eingehender Beratung dieser Frage, bei den maßgebenden Stellen entschieden Verwahrung gegen die Tarifverschlechterungspläne einzulegen und im Interesse der Erhaltung des Friedens die verantwortlichen Stellen vor den Folgen der Verwirklichung solcher Pläne zu warnen. Die Konferenz endete mit einer Vertrauenskundgebung für den christlichen Gemeindearbeiterverband.

Letzte Nachrichten.

Herabsetzung des Brennstoffkontingents.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni. (Wolff.) Die durch unsere Ententelieferungen, den Fortfall der Ueberschichten im Ruhrbezirk und insbesondere durch das Ausbleiben aller Sendungen aus Oberschlesien immer schwieriger werdende Steinkohlenfrage zwang den Reichskohlenkommissar, das den Hüttenzechen zustehende Brennstoffkontingent um 10 Prozent herabzusetzen. Allein durch den Ausfall der Sendungen aus Oberschlesien wird die dem europäischen und deutschen Markt zur Verfügung stehende Kohlenmenge um arbeitstäglich 45 000 bis 50 000 Tonnen verkürzt.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Zürich**, 9. Juni. Heutige Schlußnotierung: 100 Mark = 8.75 Geld, 8.80 Brief-Franken.

Die polnische Valuta.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Juni. Wie die „Voss. Ztg." aus Warschau meldet, wurden heute in der Börse im Privatverkehr für die deutsche Reichsmark bis über 20 Polenmark, für den Franken 110 Polenmark, für den Dollar 1300 Polenmark bezahlt. Die polnische Regierung wird demnächst nicht mehr kleinere Kassenscheine drucken können, da sich die Druckkosten höher als der Nennwert stellen würden.

b. **München**, 9. Juni. (Eig. Drahtber.) Auf sieben größeren Grundstücken im Bezirke Starnberg sind die Landarbeiter in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

Das Haus an der Veronabrücke.

Von Friedrich Halm.

(34)

Als Ruggiero Meister Andrea seine Antwort erteilt hatte, bog er so schnell, als die Hinfälligkeit seines gebrechlichen Körpers es erlaubte, in ein Seitengäßchen und rannte, die unbetretensten Pfade wählend, ohne Aufenthalt fort, bis er an eine einsame Stelle gelangte, wo sich das Rasen des Zornes, der in ihm kochte, in gräßlichen Flüchen und Verwünschungen gegen Gott und die Welt austobte. Endlich erschöpft zusammenbrechend, kroch er die Stufen hinan, die zum Eingange einer Kirche emporführten und überließ sich dort hingekauert der Fülle der Gedanken, der Bitterkeit der Empfindungen, die seine Seele bestürmten. „Mißhandelt, beschimpft und überdies verhöhnt!" seufzte er vor sich hin; „und die Mißhandlung hinnehmen, den Schimpf verbergen, den Hohn in ohnmächtiger Wut verbeißen zu müssen! O wie anders stünde es, wenn mein Anschlag gelungen, wenn das Werk meiner Rache vollbracht wäre! Mit welcher siegesgewissen Verachtung könnte ich über diesen neuen Frevel des anmaßenden Buben hinweg dem Tage entgegensehen, der mir einen Erben gibt und ihn der Verarmung und dem Elende in den Rachen stößt! O daß es vollbracht, vollbracht wäre!" — Er hielt plötzlich inne und fuhr, wie von einem elektrischen Strahle berührt, in die Höhe! — „Vollbracht!" stammelte er und verbarg das Gesicht in den Händen! Die furchtbare Aufregung der letzten Stunden hatte die Tatkraft seiner Seele, statt sie vollends zu erschöpfen, zu neuem Aufschwung erweckt; denn plötzlich war es ihm wie Schuppen von den Augen gefallen; der Ausweg aus dem Labyrinthe, in dem er so lange umhergeirrt, war entdeckt, war die Lösung des Rätsels gefunden, nach dessen Schlüssel er so lange gesucht hatte. „Vollbracht!" wiederholte er; „das ist es! Die Gewalt der Tatsachen beherrscht den schwanken Sinn der Menschen! Das war mein Fehler, daß ich Umwege einschlug, auf Zufälligkeiten rechnete, daß ich erlisten wollte, was ich erzwingen mußte! Das Gewicht der vollendeten Tatsache hatte ich in die Wagschale zu werfen, nicht ihre Bedenken anzuhören, nicht mit ihrem Starrsinn zu rechten! — Nun wohlan, er soll, er wird brechen dieser Starrsinn!" — So rief er, dann kreuzte er die Arme über die Brust und stand eine Weile mit geschlossenen Augen, alle Kraft der Seele in einen Brennpunkt sammelnd, in tiefen Gedanken versunken; dann war sein Plan gemacht, sein Entschluß gefaßt, und er ging augenblicklich an die Ausführung desselben, indem er beflügelten Schrittes nach Hause eilte, sich in seinen schwarzen Domino hüllte und sein Antlitz in der Mulattenlarve verborgen, sich von einer Gondel nach San Giovanni e Paolo bringen ließ, wo er Heinrich Ilsung nach einer Stunde vergeblichen Harrens eben im Begriffe fand, dem Standbilde des Colleoni hoffnungsloser als je den Rücken zu kehren. Mit einem Freudenschrei empfangen, dem jedoch sofort eine Flut von Vorwürfen und bitteren Klagen nachfolgte, setzte Ruggiero diesen letzteren alsbald dadurch ein Ziel, daß er, Ilsungs beide Hände erfassend, ihn mit feierlich erhobener Stimme auf diese Weise anredete: „Eure Standhaftigkeit hat gesiegt, junger Mann! Ihr habt siegreich die harte Prüfung bestanden, welche Zweifelsucht und Unentschlossenheit der Geliebten Euch auferlegte. Ausdauer und bescheidene Zurückhaltung haben Eure Liebe als echtes Gold bewährt und so darf ich Euch nun verbürgen, daß Ihr Euch in wenigen Tagen am Ziele Eurer Wünsche und in dem vollen Besitze der Geliebten sehen werdet, wenn Ihr nur die Geduld habt, Euch noch durch einige Tage den Vorsichtsmaßregeln zu fügen, welche die Sorge für ihren Ruf und das Geheimnis Eurer Verbindung ihr zu beobachten gebieten." — Als nun auf diese Worte der Jüngling mit aller Glut jugendlicher Leidenschaft und verzehrender Begierde alle Forderungen einzugehen sich bereit erklärte, die die Verhältnisse seiner Dame oder selbst nur ihre Laune ihm vorschreiben würden, hieß ihn Ruggiero sich ungesäumt nach Hause zu begeben und bei seinen Handelsfreunden eine Reise in Familienangelegenheiten vorschützen, die ihn einige Tage von ihrem Hause fernhalten würde; die nächstfolgende Mitternacht sollte er sodann wieder bei dem Standbilde Colleonis sich einfinden, um, blindlings seiner Führung sich vertrauend, von ihm an den Ort gebracht zu werden, wo ihm früher oder später in der Erfüllung seiner glühendsten Wünsche das reichste Glück erblühen werde! — Nachdem der Jüngling, zwar staunend und befremdet, aber ohne Säumen und fast ohne alle Ueberlegung Ruggieros Anordnungen pünktlich nachzukommen zugesagt hatte, trennten sich beide, Ilsung, um die lange Nacht in halbwachen Träumen künftiger Seligkeit hinzuschwelgen, Ruggiero, um sie in der sorgfältigsten Erwägung aller Hindernisse, die der Ausführung seines Planes irgendwie in den Weg treten könnten, hinzubringen.

Am nächsten Morgen begab sich Ruggiero in das Haus an der Veronabrücke, das er, wie es die Stätte seiner Schmach gewesen, nun auch zu dem Orte erkoren hatte, an dem über die Zukunft Anselmos der Stab gebrochen werden sollte. Er durchschritt prüfend die Gemächer des Hauses und entschied sich endlich für eine im Erdgeschoß des Hofraumes gelegene Stube, deren eiserne Fensterladen von außen zu schließen und zu versperren waren, so daß der Bewohner des Gemaches völlig von der Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten werden konnte, und an die noch überdies ein kleines dunkles Kämmerchen stieß, das hinlänglichen Raum für den Vorrat von Lebensmitteln und andere notwendige Erfordernisse darbot, welche er herbeigeschafft hatte und nun daselbst aufhäufte. Nachdem dies geschehen, verschloß er auf das sorgfältigste die Fensterladen, vernagelte sogar die Fenster und verließ endlich, nachdem er noch an der Außenseite der Stubentüre der Festigkeit ihres Schlosses nicht vertrauend, zwei feste Riegel angebracht hatte, das einsam öde Haus, um, den Rest des Tages hindurch über seinem Plane brütend, das Heranrücken der Mitternacht abzuwarten. Heinrich Ilsung, der ihr mit nicht geringerer Ungeduld entgegenharrte, schritt schon lange vor dem Reiterstandbilde des Colleoni auf und nieder, als die ersehnten zwölf Schläge endlich von dem Turme von San Giovanni e Paolo niederdröhnten. Der letzte derselben war noch nicht ganz verhallt, als schon der schwarze Domino mit der Mulattenlarve, wie aus der Erde emporgestiegen, vor ihm stand, ihm, der Abrede gemäß, die Augen verband und ihn zu der Gondel geleitete, welche beide nach vielfältigen Kreuz- und Querfahrten endlich an der Veronabrücke ans Land setzte. Am Ziele ihrer Fahrt und in der Stube angelangt, die Heinrich Ilsung zum Aufenthalt bestimmt war, nahm Ruggiero, nachdem er eine Lampe angezündet hatte, seinem Begleiter die Binde von den Augen und sprach: „Messer Enrico! Dies ist der Ort, an dem Ihr wohl verborgen zu verweilen habt, bis die Dame Eurer Gedanken Muße und Gelegenheit findet, Euch die langersehnte Zusammenkunft zu gewähren. Wann dieser Augenblick eintreten wird, hängt von der Gunst des Zufalles ab; sorgt Ihr dafür, ihn weislich zu benützen, wenn er eintritt. Dort in der Kammer findet Ihr Mundvorrat für acht Tage, ob Ihr gleich, wie ich verbürgen zu können glaube, nicht die Hälfte dieser Zeit hier zubringen werdet. Hier in der Ecke ist Euer Lager bereitet, möge es Euch selige Träume gewähren, bis Ihr dereinst zu einer seligeren Wirklichkeit erwachet. Uebrigens bitte ich, daß Ihr Euch hier so still und geräuschlos als möglich verhalten, und daß Ihr weder zu ergründen versuchen möget, wo und unter wessen Dach Ihr Euch befindet, noch es übelnehmen wollt, wenn ich Euch unter Schloß und Riegel verwahre, denn nur wenn dies Gemach für völlig unbewohnt gilt, kann es zum Markstein Eurer Leiden, zur Geburtsstätte Eures Glückes werden!" —

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Das neue badische Ertragssteuergesetz.

Auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe hielt in deren dichtbesetzten großen Sitzungssaal Landtagsabgeordneter Freudenberg vor den Mitgliedern sämtlicher Ausschüsse der Kammer sowie vor den Vertretern der gleichfalls eingeladenen wirtschaftlichen Verbände einen Vortrag über das neue badische Ertragssteuergesetz, das fortan den Namen „Grund- und Gewerbesteuergesetz" führen wird. Von besonderem Interesse sind für die Oeffentlichkeit die Mitteilungen, die Herr Freudenberg über das Ergebnis der soeben beendeten ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Haushaltausschuß des Landtags machen konnte.

Besondere Schwierigkeiten bereitete es, einen Ausgleich zwischen den Goldmarkwerten und den Papiermarkwerten zu finden, die der Steuerveranlagung zu Grunde liegen. Dieser Ausgleich muß durch die Höhe des Steuerfußes gefunden werden. Der Ausschuß hat die im Regierungsentwurf vorgesehenen absoluten Sätze gestrichen. In das Gesetz wird lediglich ein Belastungsschlüssel aufgenommen werden. Alljährlich soll von Land und Gemeinden der Steuerfuß für das landwirtschaftliche — und das gewerbliche Betriebsvermögen und Gebäude festgestellt werden. Jede Gemeinde ist an sich frei in der Höhe der Bemessung des Steuerfußes für ihren Bedarf. Die einzelgeschätzten Grundstücke sollen mit dem 1½fachen Steuerwert herangezogen werden, der Wald mit dem 2fachen Steuerwert, und zwar für Land und Gemeinde, und das klassifizierte Grundvermögen für die Landesbesteuerung mit dem 2½fachen, für die Gemeinde mit dem 2fachen Steuerwert. Nur für die Kreisbesteuerung sollen durchweg 10 Pfennig für alle Vermögensarten auf 100 Mark Steuerwert erhoben werden. Wenn die Kreise über 10 Pfennig erheben wollen, sollen sie die Zustimmung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums einholen. 20 Pfennig soll der Kreissteuersatz aber nicht übersteigen dürfen.

In dem Regierungsentwurf war vorgesehen, daß die Gemeinden neben den Ertragssteuern oder an ihrer Stelle Betriebssteuern in beliebiger Höhe erheben können. Auf Grund einer Vorstellung der Handelskammern hatten die Ministerien des Innern und der Finanzen schon erklärt, daß es sich dabei nur um Ausnahmefälle handeln solle. Ein vollkommener Verzicht auf die Betriebssteuer war nicht zu erreichen. Vor allem im Oberland sollen viele Gemeinden durch den Zuzug von Industrie eine außerordentliche Belastung erfahren haben. Als Beispiel wird besonders Badisch-Rheinfelden angeführt. Der Ausschuß nahm mit Mehrheit in der 1. Lesung folgende Fassung an: „Wenn und insoweit einer Gemeinde durch die Anlage oder Erweiterung eines gewerblichen Unternehmens besondere Lasten in erheblichem Umfange erwachsen, oder seit 1. Januar 1915 erwachsen sind, so ist diese Gemeinde berechtigt, von diesen Unternehmen neben der Ertragssteuer besondere Betriebssteuern zu erheben. Steuern, die nach der Anzahl der Beschäftigten erhoben werden, sind unzulässig. Das Nähere wird durch ein besonderes Gesetz geregelt."

Bisher war das gewerbliche Betriebsvermögen nur bis zu 1000 Mk. steuerfrei. Die Vergünstigungen des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens aber waren so weitgehend, daß 94 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe seit 1906 in Baden keine Gewerbesteuer bezahlt haben. Die Freigrenzen sind bei der ersten Lesung dahin geregelt, daß das gewerbliche Betriebsvermögen bis zu 10 000 Mk., das land- und forstwirtschaftliche bis zu 25 000 Mk. steuerfrei bleiben soll. Der Steuerwert ermäßigt sich bei gewerblichen Unternehmen mit höchstens 15 000 Mk. Betriebsvermögen um 66⅔ Prozent, bei 20 000 Mk. um 50 Prozent, bei 30 000 Mk. um 30 Prozent, bei höchstens 40 000 Mk. um 15 Prozent. Ueber 40 000 Mk. soll das gewerbliche Betriebsvermögen zum vollen Wert veranlagt werden. Bei dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen wird bis 30 000 Mk. eine Ermäßigung um 80 Prozent, bei 40 000 Mk. eine solche von 50 Prozent und bei 80 000 Mk. von 15 Prozent zugestanden. Ueber 80 000 Mk. tritt die volle Veranlagung ein. Die der Landwirtschaft bisher gewährte Freilassung von Realien aller Art soll nicht mehr zulässig sein.

Von den wissenschaftlichen Berufen soll in Zukunft nur der der Aerzte von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Auch die Rechtsanwälte sollen gewerbesteuerpflichtig werden.

Bisher waren die landwirtschaftlichen und Handwerkerberufsgenossenschaften in gewissem Umfang steuerfrei. In dem neuen Gesetzentwurf wird keine Steuerfreiheit für Genossenschaften mehr anerkannt, mit Ausnahme der Baugenossenschaften, die nur als Wohnungsabteilungen der Gemeinden zu betrachten sind. Die Sparkassen bleiben weiter steuerfrei. Auch der Mannheimer Girozentrale ist bei der ersten Lesung diese Vergünstigung zugestanden worden.

Am heißesten umstritten war der § 47 des Gesetzes, der die Behandlung der laufenden Schulden und der kapitalertragssteuerpflichtigen Vermögensteile regelt. Der Regierungsentwurf sah vor, daß der Ueberschuß der Kreditoren über die Debitoren in voller Höhe von den Warenbeständen abgezogen und ebenso der gesamte Effektenbesitz und die Bankguthaben freibleiben sollten, weil sie schon durch Reichssteuern belastet werden. Bei der ersten Lesung wurde der laufende Geschäftsschuldenabzug dahin eingeschränkt, daß der Ueberschuß der Kreditoren über die Debitoren bis zur Hälfte der Warenbestände abgezogen werden kann. Es wird jedoch versucht werden, in der zweiten Lesung den vollen Schuldenabzug wieder herzustellen. Handel und Industrie betrachten es als eine große Ungerechtigkeit, daß die Bankschulden nicht in ihrem vollen Umfang abgezogen werden können, sondern versteuert werden müssen und obendrein der Progression unterliegen.

Die Relation zwischen Ertrag des Betriebsvermögens und Steuerleistung hat man durch eine Ergänzung des Härteparagraphen herbeizuführen gesucht, die besagt: „Weist ein Steuerpflichtiger nach, daß die nach diesem Gesetz vom Betriebsvermögen zu zahlende Steuer 20 Prozent des der Einkommens- oder Körperschaftssteuer unterliegenden Ertrags der Unternehmung nach dem Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre übersteigt, so ist der 20 Prozent übersteigende Betrag nicht zu erheben." Welches Schicksal diese Bestimmung bei der zweiten Lesung erfahren wird, ist aber noch ungewiß. Insbesondere bemängelt der fundierte Besitz, daß für ihn eine solche Relation nicht gefunden worden ist.

In der nachfolgenden Aussprache wurde dem Vortragenden eine Reihe von Wünschen von Handel, Industrie und Gewerbe zur Berücksichtigung bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs übermittelt.

Zur drohenden badischen Steuergesetzgebung

veranstaltete der Demokratische Verein Freiburg am Mittwoch eine öffentliche Versammlung, die auch von Mitgliedern anderer Parteien, insbesondere vom gewerblichen Mittelstand und von Hausbesitzern gut besucht war. Verlagsbuchhändler Dr. Otto Bielefeld sprach nach einleitenden Worten des Vereinsvorstands, Professor Dr. Rost, zunächst an den Fall Daimler (Abwanderung wegen der württ. progressiven Betriebssteuer, welche der Finanzminister Liesching rückgängig zu machen versprach) anknüpfend, über die der Landesregierung überlassenen Steuergebiete und die Gefahr, daß Landessteuergesetze leicht von der Reichsgesetzgebung überholt und aufgehoben werden müssen. Beim badischen Gesetz, so wie es jetzt zu werden droht, ist nur zu wünschen, daß die im Herbst zum Abschluß kommende Reichsfinanzreform eine gründliche Besserung in Form einer Reichsvermögenssteuer bringt. Ausholend mit einem Vergleich des alten partikularistischen mit dem neuen Steuersystem und einer kurzen Schilderung des heutigen Rechts und der vorliegenden Entwürfe, unterzog der Vortragende das geplante badische Ausführungsgesetz zum Reichslandessteuergesetz einer eingehenden Kritik. Der badische Entwurf weicht vor allem ab vom Grundsatz, daß im Gegensatz zum reinen Kapitalvermögen das Betriebskapital geschont werden muß; statt dessen wird ihm ein Vielfaches der reichsrechtlichen Kapitalertragssteuer von 10 Prozent auferlegt, und zwar nicht wie dort vom faktischen Ertrag, sondern ganz ohne Rücksicht, mechanisch auch bei Verlusten oder mangelnder Rentabilität, wie beim Hausbesitz. Die Wirkung dieser Systemlosigkeit ist unsozial. Unannehmbar ist weiter die Vollmacht, welche die Gemeinden erhalten sollen (schon im Hinblick auf die möglichen Rathausmajoritäten und den da und dort bereits eingetretenen Bankrott), unbegrenzte Zuschläge, ja sogar eigene Betriebssteuern zu erheben; unerträglich sind die vorgesehenen, noch durch die Kreise gesteigerten Zuschlagssätze. Die aus dem Vermögenssteuergesetz von 1906 übernommene Progression ist ungesetzlich, auch wenn der badischen Begründung der Reichsfinanzminister schon zugestimmt haben sollte; hier erfordert es einen Zusatz zu § 9 des Landessteuergesetzes, der höhere Belastung des investierten als des mobilen Kapitals verbietet. Schließlich ergibt sich aus der landesrechtlichen Steuermacherei der unerträgliche Zustand von zweierlei Bilanzen, gleich lästig und verwirrend für Steuerpflichtige und Steuerbehörden. Dr. Bielefeld belegte seine treffenden Ausführungen, indem er die bisherigen Steuersätze ziffernmäßig der Tabelle des Entwurfs gegenüberstellte und empfahl, nach Erwägung des Wegs des Volksbegehrens zur Annahme die nachstehende Resolution.

In der Aussprache kamen alle mit dem Thema des Abends zusammenhängenden Probleme eingehend zur Verhandlung: Verteilung zwischen Staat und Gemeinde, Schuldenabzug, Härteparagraph u. a. m. Gerügt wurde die Geheimniskrämerei der Regierung und Durchsuchungsabsicht, und der falsche Name des Gesetzesentwurfs, der mit richtiger Bezeichnung „Ertragschafts- und Gewerbesteuer" die beteiligten Kreise ganz anders aufrütteln würde. Es sei höchste Zeit, daß der vom Berichterstatter zu Zehnter schriftlich abzufassende Entwurf endlich im Druck weiteren Kreisen zugänglich gemacht werde. Nicht unerwähnt dürfte auch gelassen werden, daß man die alten Privilegien der Landwirtschaft, nachdem sie bisher schon nach der bisherigen Steuerstatistik notorisch zu wenig Steuer zahlte (1914 sind von 15 badischen Städten allein ⅔ der ganzen direkten Steuern aufgebracht worden), wieder ins neue Gesetz hineinpraktizieren will. Um ihrem Standpunkt zu diesem Problem der Lastenverteilung in letzter Stunde bei Regierung und Landtag Gehör zu verschaffen, nahm die Versammlung — entsprechend dem Grundsatz der Demokratischen Partei, tätige Mitarbeit zu, keine leere Opposition zu treiben — folgende Entschließung einstimmig an:

„Die von der Demokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung ersucht die Fraktion des Landtags, bei der Erledigung des Ertragssteuer- und Verteilungsgesetzes folgende Grundsätze zu wahren:

1. Der Gesamtbetrag der vom Land, vom Kreise und der Gemeinde erhobenen Ertragssteuer vom Gewerbe darf keinen höheren Steuersatz vom Hundert ergeben, als derjenigen der Reichskapitalertragssteuer.
2. Die beiden Gesetze müssen für alle von ihnen geregelten Steuern eine unüberschreitbare Obergrenze festsetzen.
3. Betriebssteuern nach anderem System als die Ertragssteuern auf das Gewerbe neben oder an Stelle der Landesertragssteuer dürfen von der Gemeinde nicht erhoben werden.
4. Für die Steuerveranlagung sind die Grundsätze der Reichssteuergesetzgebung maßgebend."

H. D. Z.

Verlobungen, Vermählungen
Geburtsanzeigen
veröffentlicht man im stark verbreiteten, in Karlsruhe und Umgebung in allen Kreisen gerne gelesenen
Karlsruher Tagblatt
Badische Morgenzeitung.

HAEUSSER Tat! Weg! Ich! Bin! redet die reine Wahrheit und das Leben
in Karlsruhe, Liederhallesaal-Löwenrachen, Kaiser-Passage am 14. 15. 16. 17. Juni, Neibrunn: 10., 11., 12. Juni: Harmonie. — Heidelberg: 13.: Harmonie. — Altona: 20., 21., 27.: Gesellschaftshaus Pabst. — Hamburg: 22., 24. 25. Convengarten. — Harburg: 23., 26. Juni. — Stettin: 28., 29., 30. Juni. — Schleswig: 1. Juli, je abends 7½ Uhr. (Mark 3.—)

Preisabschlag für Gefrierfleisch

Vom Samstag, den 11. ds Mts. ab, wird das Ochsen- und Rinder-Gefrierfleisch in den bekannten Verkaufsstellen zu folgenden bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft:
Gefrierfleisch m. Knochenbeilage 6.00 das Pfund
„ „ ohne „ 7.50 „ „

Karlsruhe, den 9. Juni 1921.

Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Geldeinzug für Gas-, Wasser- und Stromverbrauch.

Die Zahlungsrückstände beim Einzug der Rechnungen über Gas- u. Stromverbrauch, das Wassergeld und die Müllgebühren haben einen derartigen Umfang angenommen, daß wir uns nach dem Vorgang anderer Städte veranlaßt sehen, die Zahlungsfrist, falls die Rechnungen bei der erstmaligen Vorzeigung nicht eingelöst werden, auf 10 Tage festzusetzen.

Sofern die Zahlung der Rechnungen innerhalb der zehntägigen Frist nicht erfolgt, sind wir genötigt, ohne weitere Zahlungsaufforderung, gemäß den Bestimmungen der §§ 5, 25 und 30 der Bezugsordnungen, die Gas-, Wasser- oder Stromleitungen abzustellen. Als Ersatz für die Betreibungskosten wird in diesem Falle eine Gebühr von Mk. 5.— in Ansatz gebracht. (Stadtratsbeschluß v. 2. Juni 1921).

Etwaige Gesuche um Fristverlängerung sind unter Begründung

innerhalb 3 Tagen

nach Vorzeigung der Rechnungen schriftlich bei uns einzureichen.

Karlsruhe, den 8. Juni 1921.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Die Mitglieder der Anstalt werden zu der am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Anstaltsgebäude zu Karlsruhe stattfindenden

ordentlich. Mitgliederversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Abnahme des Rechenschaftsberichts für 1920.
2. Erneuerungs- und Ersatzwahlen z. Ausschuß.

Wegen der Anmeldung zur Mitgliederversammlung und der Teilnahme an den Wahlen verweisen wir auf die §§ 12 und 16 der Satzung. Die Anmeldungen können innerhalb der Geschäftsstunden (½8 bis 4 Uhr, Samstags bis ½1 Uhr) an dem Auskunftsschalter der Anstalt erfolgen.

Karlsruhe, den 8. Juni 1921.

Der Vorstand.
Limmle.

Am Sonntag, den 12. d. M., vorm. 10 Uhr
findet im Saale des Gasthauses „Zum Elefanten", Kaiserstraße 42, eine

öffentliche Protestversammlung

wegen der zwangsweisen Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Avignon (Frankreich) statt.

Unbedingtes Erscheinen der Mitglieder Ehrensache.

Bezirksverein Karlsruhe Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen u. ehem. Kriegsgefangenen.
Bezirksgruppe Karlsruhe der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Hierdurch laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der am

Mittwoch, den 22. Juni 1921, abends 6 Uhr,

im groß. Saale der Eintracht, Karlfriedrichstraße 30, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Wahl zweier Vorstandsmitglieder
2. Bewilligung von Ruhegehalt
3. Bewilligung von Witwen- u. Waisen-Bezügen.
4. Wahl in den Aufsichtsrat.

Karlsruhe, den 8. Juni 1921.

Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Karlsruhe
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Adolf Wilser, Vorsitzender.

Durlach
Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen
richte man für Durlach an unseren Vertreter
Firma
Carl Walz
Hauptstr. 56
Telephon 393
Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatt

Israel. Gemeinde.
Hauptsynagoge
Kronenstraße.
Freitag, den 10. Juni:
Abendgottesd. 7.30 U.
Samstag, den 11. Juni:
Morgengottesd. 8.30 U.
Nachm.-Gottesd. 3.30 U.
Offenbarungsfest.
Samstag, den 11. Juni:
Vorabend des Festes:
Abendgottesd. 7.30 U.
Predigt 8.00 Uhr.
Stadtrabb. Dr. Kurrein
Sonntag, den 12. Juni:
1. Festtag: Morgengottesdienst 8.30 Uhr.
Mädchenkonfirmation 9.30 Uhr.
Nachm.-Gottesd. 3.30 U.
Abendgottesd. 7.30 Uhr.
Montag, den 13. Juni:
2. Festtag: Morgengottesdienst 8.30 Uhr.
Predigt 9.30 Uhr.
Rabbiner Dr. Cohn.
Nachm.-Gottesd. 3.30 U.
Festausgang 9.10 Uhr.
Werktags: Morgengottesdienst 6.45 Uhr.
Abendgottesd. 7.30 Uhr.

Statt besonderer Anzeige.

Am 7. Juni entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben unsere liebe Mutter, Urgroßmutter, Großmutter und Tante

Frau Julie Neck
geb. Gamer

im 84. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Dr. med. Carl Neck.

Trauerhaus: Hirschstraße 47.
Beisetzung: Freitag, den 10. Juni, nachmittags ½3 Uhr.

Israel. Religionsgesellschaft.
Wochenfest.
Freitag, den 10. Juni:
Sabbat-Anfang 7.45 U.
Samstag, den 11. Juni:
Morgengottesd. 7.30 U.
Jugendgottesd. 3.00 U.
Sabbat-Ausg. } 9.22 U.
Festes-Anfang }
Sonntag, den 12. Juni:
Morgengottesd. 7.30 U.
Nachm.-Gottesd. 5.00 U.
Abendgottesd. 9.25 Uhr.
Montag, den 13. Juni:
Morgengottesd. 7.30 U.
Nachm.-Gottesd. 5.00 U.
Abendgottesd. } 9.25 U.
Festes-Ausg. }
Werktags: Morgengottesdienst 6.15 Uhr.
Nachm.-Gottesd. 7.30 U.

Abonnenten
berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des Karlsruher Tagblatts.

Gebrüder Scharff
Wir empfehlen vorzüglichen
Camembert-Käse
mit 20 Prozent Fettgehalt.
Seither durfte nur 10 prozentige Ware hergestellt werden.
Große Schachtel Mk. 7.25
Für Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Kauft keine Feindbundwaren.

Es wird uns geschrieben:

Während der Feindbund uns mit allen Mitteln zu vernichten trachtet, unser Wirtschaftsleben erdrosseln will, tun wir alles mögliche, um Industrie und Handel unserer Gegner zu stärken, indem wir eifrig ihre Waren abnehmen.

Der Bezug von Feindbundwaren schädigt unsere Handelsbilanz, verschlechtert unsere Valuta; ihr strenger Boykott ist eine der wenigen, wirtschaftlichen Waffen, die uns noch bleiben; durch sie können wir noch der Erkenntnis aufhelfen, daß unsere Gegner uns brauchen, daß der Verlust des riesigen Marktes, der Konsumkraft unserer dichten Bevölkerung sie empfindlich schädigt. Der völlige Verzicht auf irgend entbehrliche Feindbundwaren ist also Sache politischer Klugheit. Er ist aber auch eine Frage des moralischen Anstandes, der nationalen Ehre. Der Kauf von entbehrlichen Waren aus dem Ausland muß als vaterlandsfeindliches Gebaren empfunden und öffentlich gebrandmarkt werden.

Meist handelt es sich um unnütze Luxuswaren und um solche unseres wütendsten Feindes Frankreich. Wir verbrauchten 1920 für 7,6 Milliarden ausländische Zigarren und Zigaretten, meist aus England und Frankreich, nach französischer Statistik für 88 Millionen Mark Konserven, für 40 Millionen Parfümerien und Seifen, für 390 Millionen Spirituosen. Dazu Hunderte von Millionen für Schuhe, andere Lederwaren, Stoffe, Teppiche, Gardinen, Spitzen, Hüte, Schokoladen, Keks usw. Alles das wird aber in den Schatten gestellt durch die der Kontrolle sich entziehende Einfuhr durch Schmuggel. Vom Landespolizeiamt Frankfurt a. M. sind vom Juni bis September 1920 allein für anderthalb Milliarden geschmuggelter Waren beschlagnahmt worden, darunter für 40 Millionen Seife, für 66 Millionen Pelze, für 27 Millionen Kognak und 4 Millionen — Haarnetze. Das meiste wieder von Frankreich, aus dem nach dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft an den Reichstag allein über 50 Millionen Liter Wein den Weg durch das besetzte Gebiet nach Deutschland gefunden haben. Wie viel größer mögen die aus Frankreich geschmuggelten Warenmengen gewesen sein, die sich der Beschlagnahme entzogen!

Die wenigen Zahlen müssen jedem anständigen Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Geradezu niederdrückend ist die sittliche Stumpfheit und nationale Gleichgültigkeit, mit der große Kreise unseres Volkes fortfahren, durch den Bezug von Feindbundwaren die Feinde zu unterstützen, das eigene Volk zu schädigen. Hat doch kürzlich das bekannte Restaurant Hiller in Berlin, das keineswegs nur von Schlemmern und Schiebern, sondern auch von „gutem Publikum" besucht wird, mit Genehmigung der Regierung 2 Eisenbahnwagen mit französischem Kognak, die Flasche zu 295 M eingeführt, „weil seine Gäste ständig Anspruch auf französischen Kognak erheben." Es ist die allerhöchste Zeit, daß in ganz Deutschland eine machtvolle Volksbewegung einsetzt, die sich den rücksichtslosen Boykott der Feindbundwaren, wenigstens aller entbehrlichen, in allererster Linie aus Frankreich, zum Ziel setzt.

Und sie hat schon eingesetzt diese Volksbewegung. Hamburg, die alte Hansastadt, hat den Anstoß gegeben und mit vorbildlichem Erfolg. Nicht ohne Opfer bei der bedeutenden Einfuhr dieses Platzes. Leipzig ist im Begriff nachzufolgen. Geschäfte und Restaurants rechnen es sich zur Ehre an und verkünden auf Plakaten: Wir führen keine Feindbundwaren! Ueberall muß, wer sie anbietet, wer sie verlangt, auf das Unmoralische seines Handelns offen hingewiesen werden. Was in Hamburg und Leipzig möglich war, muß auch bei uns gelingen. Ueberall muß für jeden anständigen Deutschen zur Geltung kommen die Losung: Fort mit den Feindbundwaren!

Badischer Landtag.

Das neue Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung stellte am Donnerstag vormittag den endgültigen Text des Entwurfs eines neuen Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, sowie den vom Abg. Ziegelmaier-Oberkirch dazu erstatteten Ausschußbericht fest. Neu aufgenommen wurde dabei die nachstehende Uebergangsbestimmung: Soweit die Einkommensanschläge von Mitgliedern, die der Fürsorgekasse zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes (1. Oktober 1921) bereits angehören, den bisher zulässigen Höchstbetrag von 5000 Mark übersteigen, sind der Fürsorgekasse in den Versorgungsfällen, die von diesem Zeitpunkt an eintreten, die Mehrbeträge an Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezügen, die sich aus dem Unterschied zwischen dem letzten Einkommensanschlag und dem Betrag von 5000 Mk. ergeben, von der Staatskasse zu ersetzen, und zwar vom Inkrafttreten des Gesetzes an und im Jahre 1922 ganz, im Jahre 1923 zu acht Neuntel, 1924 zu sieben Neuntel, 1925 zu sechs Neuntel, 1926 zu fünf Neuntel, 1927 zu vier Neuntel, 1928 zu drei Neuntel, 1929 zu zwei Neuntel und letztmals 1930 zu einem Neuntel. Bei der Schlußabstimmung wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen; es wird bei der Vollversammlung beantragt, ihn als dringend zu erklären.

Badische Politik.

Das neue Justizgebäude in Freiburg.

In Anwesenheit des Staatspräsidenten Trunk wurde am Mittwoch in Freiburg das neue Justizgebäude von der Bauleitung an die Justizbehörden übergeben. Staatspräsident Trunk übergab als Justizminister das Gebäude in die Obhut des Landgerichtspräsidenten Hink. Dieser verteidigte in seiner Ansprache die Unabhängigkeit des Richterstandes und erklärte, die Justiz habe stets als ihre höchste Aufgabe eine objektive Rechtsprechung betrachtet. Es sei ein Frevler, wenn da oder dort in der Presse von einer Klassenjustiz gesprochen werde.

Aus Baden.

Ein Ferienheim für badische Schüler.

Vom 30. Juli bis 15. August wird mit einem Führerkurs in Baden-Baden für die Pfadfinder-Jugend ein Ferienheim für 120—150 Buben eingerichtet, zu dem gegen einen Kostenersatz von 10 Mk. für den Tag auch einige Nichtpfadfinder aller Stände im Alter von 12—18 Jahren zugelassen werden. Pfadfinder zahlen nur 6 Mk., da für ihre Unterbringung Zuschüsse gesammelt wurden. In der zweiten Hälfte des Juli werden sich in dem Ferienheime norddeutsche und mitteldeutsche Buben tummeln. Die Unterbringung erfolgt in zwei Baracken westlich des Bahnhofes Baden-Baden und in einer abwechslungsweise bezogenen Waldhüttenanlage östlich von Lichtental. Die Veranstaltung steht unter Leitung erwachsener und erfahrener Führer der Pfadfinderschaft und bezweckt eine Erholung der Jugend nach der Schulzeit, Körperpflege durch Baden, Wandern in den herrlichen Waldungen, Leibesübung, Lagerbau usw. Es ist für den Genuß berechtigter Lebensfreude in freiwilliger Ordnung und Unterordnung gesorgt; das Geistesleben der Jugend soll durch Schärfung der Sinne, besonders durch Beobachtung in Wald und Feld befruchtet und vor allem das Verständnis für alles lebende Wesen, auch für Pflanzen und Tiere, geweckt werden, um dadurch in die Tiefen des Seelenlebens zu greifen. Es sind auch einige befreundete, erwachsene Führer anderer Jugendverbände oder Männer, die sich über die Pfadfindertätigkeit ohne Voreingenommenheit unterrichten wollen, wie Geistliche jeder Konfession, Aerzte und Lehrer in beschränkter Zahl als zahlende Gäste für die Dauer des Kurses willkommen, namentlich solche Lehrer, die dem Kurs einen Schwarm Buben zuführen. Anmeldungen und Spenden für den Kurs sind an Landesfeldmeister Dr. Wettstein, Karlsruhe, Gartenstraße 11, zu richten. (Postscheckkonto Karlsruhe 12963). Alle Tätigkeit der Führer und Leiter erfolgt ehrenamtlich. Der badische Staat und die Stadt Baden-Baden unterstützen das gemeinnützige Unternehmen.

e. **Wöschbach**, 9. Juni. Reges Leben und Treiben herrschte am Sonntag in unserer Gemeinde gelegentlich des 20jährigen Stiftungsfestes des Musikvereins „Frohsinn", zu dem sich eine große Zahl auswärtiger Vereine eingefunden hatte. Vormittags von 9 bis 12 Uhr fand das Punktwertungsspiel statt. Als Preisrichter fungierte Musikdirektor Munz aus Karlsruhe. In der 1. Klasse errang der Musikverein Daxlanden mit 15½ Punkten den ersten Preis und in der 2. Klasse der Musik- und Instrumentalverein Untergrombach mit 12 Punkten. Um 2 Uhr stellten sich die Vereine zum Festzuge auf, der seinen Weg durch das reichgeschmückte Dorf zum Festplatze nahm. Dort war Begrüßung der Gäste durch den Vorstand, anschließend folgte die vortreffliche Festrede von Oberlehrer Löffler, der reichen Beifall erntete. Dann folgte ein Gesamtchor, gespielt von sämtlichen anwesenden Kapellen unter der Leitung von Musikdirektor Munz. Alsdann Einzelvorträge der anwesenden Vereine. Das Fest fand am Montag seinen Abschluß durch Volksbelustigung auf dem Festplatze.

× **Pforzheim**, 9. Juni. In Mühlacker ist die große hölzerne Tribüne des Fußballklubs, die mit einem Aufwande von 30000 M errichtet wurde, niedergebrannt. Man vermutet Brandstiftung. — Der Obermeister der Metzgerinnung Pforzheim-Land August Mitschele ist einem Blutsturze erlegen.

× **Heidelberg**, 9. Juni. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses sollte auch Beschluß gefaßt werden über eine Vorlage, die die Bewilligung von 2,8 Millionen Mark fordert für die Erbauung einer neuen Straßenbahnlinie nach dem im Jahre 1920 eingemeindeten Vorort Wieblingen. Da inzwischen aber die Bahnen der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft in den Besitz der Stadt übergegangen sind und an der Betriebsgesellschaft sich auch Heidelberg mit einem kleineren Betrag beteiligen wird, so will man nun erst versuchen, auf der ebenfalls über Wieblingen führenden Bahnlinie der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft eine bessere Verbindung mit Wieblingen herzustellen. Man denkt an die Benutzung der Schienen für eine elektrische Straßenbahn oder für Triebwagen. Die Vorlage wurde auf vorläufig 6 Wochen zurückgestellt. — Der Voranschlag der städtischen Erholungsfürsorge im laufenden Verwaltungsjahr wurde genehmigt. Er sieht vor, daß die Stadt 192000 Mark zuschießt. Es sollen für mindestens 1000 Kinder Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Auch wird es sich wahrscheinlich ermöglichen lassen, daß auf zwei städtischen Gütern noch erholungsbedürftige Kinder untergebracht werden können. Bemerkenswert war die Erklärung von Oberbürgermeister Dr. Walz, daß die badischen Städte beschlossen haben, die obdachlosen und sonst hilfsbedürftigen Flüchtlinge aus Oberschlesien gemeinsam zu unterstützen. Es soll eine Spende an die Oberschlesier gehen, die auf etwa 200 bis 300 Mark für je tausend Einwohner der betreffenden badischen Stadt bemessen werden soll. Auf Heidelberg würden zwischen 20000 und 30000 Mark entfallen. Der Heidelberger Bürgerausschuß erklärte im voraus, daß er einer solchen Vorlage seine Zustimmung geben werde. — Bürgermeister Wielandt teilte mit, in diesen Tagen sei die Nachricht eingetroffen, daß die Quäkerspeisung für die Kinder wahrscheinlich noch um ein ganzes Jahr verlängert werde.

a. **Weinheim**, 9. Juni. Die Stadt hat vom Barackenlager Rastatt eine Anzahl Baracken erworben, die zu Wohnzwecken hier aufgestellt werden sollen. — Die Gendarmerie ermittelte in Hemsbach drei junge Burschen, die einen Bubenstreich begangen hatten, indem sie quer über die Landstraße bei Laudenbach ein Drahtseil spannten, um die vorüberfahrenden Autos in Gefahr zu bringen. Nur durch einen glücklichen Zufall wurde der Anschlag noch rechtzeitig durch den Lenker eines langsam fahrenden Autos entdeckt und vereitelt. Dem Gendarmen, der die drei Täter ermittelte, gab der Automobilklub eine Belohnung von 1000 Mark.

× **Emmendingen**, 9. Juni. Der Verband der oberbadischen Kreditgenossenschaften hält am 18. und 19. Juni d. Js. hier seinen 54. Verbandstag ab, an dem etwa 150 Vertreter teilnehmen werden.

= **Triberg**, 9. Juni. Ein Fremder wollte sich auf dem Bahnhof am Fahrplan über die Verbindungen unterrichten. Er stellte seinen Handkoffer, in dem er 10000 Mark verwahrte, hinter sich auf den Boden. Als er sich wieder umdrehte, war sein Koffer verschwunden.

× **Schliengen**, Amt Müllheim, 9. Juni. Am Montag fand auf dem Rathause eine Besprechung über die Gründung einer gemeinnützigen Heimstätten-Baugenossenschaft für Schliengen statt. Redakteur und Verbandssyndikus Schlöder aus Freiburg, der vor etwa 13 Jahren unsere blühende Winzer-Genossenschaft ins Leben rief, hatte es auch diesmal übernommen, Wesen und Zweck einer Baugenossenschaft darzulegen und die Erschienenen mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen. Es herrschte am Schlusse des interessanten Vortrags, an den sich eine längere Aussprache schloß, Einmütigkeit darüber, daß die Gründung einer Baugenossenschaft großen Nutzen bringe und darum auch zu vollziehen ist. In einer demnächst stattfindenden größeren Versammlung soll die definitive Gründung vollzogen werden.

× **Sulzburg**, 9. Juni. Wie verlautet, wird die Heilstätte Sulzburg aufgelöst werden. Den Angestellten wurde auf 1. Juli gekündigt. Neue Patienten werden der Heilstätte nicht mehr zugewiesen.

= **Höchenschwand**, 9. Juni. Wie berichtet, hatte der ledige Alfred Hiener seinen Stiefvater Weißenberger erschossen. Der Täter hat sich nunmehr in St. Blasien der Behörde gestellt.

Aus dem Stadtkreise.

Ueberprüfung der Eisenbahntarife. In einer seiner nächsten Sitzungen wird sich der Reichswirtschaftsrat mit einer früheren Anregung aus seinem Kreise befassen, wonach die letzten Eisenbahntariferhöhungen nicht als endgültige, sondern als vorübergehende Zuschläge betrachtet werden sollen. Die Tariferhöhungen sind bisher ziemlich einseitig festgesetzt worden, um der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen Rechnung zu tragen. Um nun auch die Interessen der Volkswirtschaft mehr als bisher dabei zur Geltung zu bringen, wird eine regelmäßige sachverständige Prüfung von Jahr zu Jahr durch den Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen.

Eisenbahnverkehrssperre. Die Presseabteilung des badischen Ministeriums schreibt uns: In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober ist der Stückgutverkehr (Eil- und Frachtstückgut) nach der Zentralmarkthalle in Berlin gesperrt. Während der Sperrzeit müssen die Güter nach Berlin-Anhalter-Güterbahnhof oder Berlin-Potsdamer-Güterbahnhof aufgegeben werden.

Geldeinzug für Gas-, Wasser- und Stromverbrauch. Eine Bekanntmachung des betr. Amts über diesen Gegenstand sei der Beachtung empfohlen.

Bargeldlose Zahlung der Besoldungsbezüge der Beamten. Durch das Entgegenkommen der Banken und Sparkassen hat sich, nach amtlicher Mitteilung, eine wesentliche Verbesserung des Verfahrens bei der bargeldlosen Zahlung der Besoldungsbezüge erreichen lassen. Nach einer Anordnung des Finanzministeriums wird die Landeshauptkasse künftig bei jeder Ueberweisung von Besoldungsbezügen (einschließlich Ruhe- und Versorgungsgehalte) auf eine Bank oder Sparkasse dem Zahlungsempfänger eine besondere Mitteilung über den Betrag der Zahlung und der einzelnen Abzüge durch Vermittelung der Bankanstalt zugehen lassen. Die Bankanstalt wird die Benachrichtigung ihrem Kontoinhaber in derselben Weise übermitteln, wie ihre eigenen Gutschriftsanzeigen (Kontoauszüge usw.). Mit dieser Maßnahme dürfen die in dieser Richtung vielfach geäußerten Wünsche der Beamten wohl als erfüllt angesehen werden. Vielleicht trägt die Anordnung auch dazu bei, die Beamten, die dem Ueberweisungsverkehr noch ablehnend gegenüberstehen, zu bewegen, zur bargeldlosen Zahlungsweise überzugehen. Im Interesse unserer Geldwirtschaft wäre dies jedenfalls sehr zu begrüßen.

Generalleutnant a. D. Karl Freiherr Rinck von Baldenstein feiert heute im Hause seines Sohnes, Hauptmann im Reichswehrministerium Freiherr Rinck von Baldenstein in voller körperlicher Rüstigkeit seinen 70. Geburtstag. Er stammt aus Freiburg, trat im Jahre 1870 als Kriegsfreiwilliger beim 5. Badischen Infanterieregiment 113 ein und beendete seine militärische Laufbahn 1913 als Kommandant von Karlsruhe. Während des Weltkrieges stellte sich Generalleutnant Freiherr von Rinck erneut zur Verfügung und erhielt wiederum den Posten als Kommandant von Karlsruhe. Gleichzeitig war er Landsturminspekteur des 14. Armeekorps. Seit März 1918 hat er seinen Wohnsitz in Freiburg.

Die Theosophische Gesellschaft hatte den Leipziger Schriftsteller E. Bäzner zu einem Vortrage über das Thema „Natur und Macht der Gedanken" gewonnen. Die Ausführungen, vor einer wenig zahlreichen Gemeinde in den „Vier Jahreszeiten", wollten wohl in der Hauptsache volkstümlich in die theosophische Lehre und Weltanschauung einführen und neue Anteilnahme gewinnen. Der Zeitpunkt erscheint günstig bei der immer ausgeprägter bevorstehenden Abkehr vom rein Materialistischen oder besser der Sehnsucht zur Abkehr und Unabhängigkeit. Nach subjektiver Verurteilung und Kennzeichnung der verschiedensten verderblichen Weltanschauungsrichtungen wie „materialistischer Monismus", „Spiritismus", „kirchliche Dogmatik" stellte der Redner die okkult-philosophische, theosophische Weltanschauung in ihren erlösenden 7 Prinzipien dar. Es ist nicht Jedermanns Sache, Gefallen und Befriedigung zu finden an dieser Art begrifflicher Difteleien, an diesem Belegen und Betasten des eigenen stillen und geheimsten Seelenwirkens mit einer Wortjagd nach Vorstellungen. Eine schmerzliche Abwehr erhebt sich bei dieser Wortrealistik, um feinstes rätselvolles göttliches Wirken. Doch die Mehrzahl der Menschen kann ohne solche Krücken nicht zufrieden sein und gesund schlafen; sie würde umfallen und wäre für das Leben haltlos. Es müssen Kinderbilder gemalt und aufgehängt werden für täglichen Gebrauch; dazu ist wohl in erster Linie die Theosophie erfunden. Denn die Lebenszielsetzung: gut sein ist alles und muß jeder natürliche Christenmensch, ob und wie er auch dogmatisch gefärbt sei, erstreben, auch ohne theosophische Beweisführung und Klassifizierung seines Körpers und seiner Welt, sonst hätte er kein Recht auf die Höhewertung Christ.

Immerhin — der Extrakt der Ausführungen stellte unbestreitbar eine wichtige Tagforderung dar, daß sie von keinem Menschen, der noch ein Mitleiden kennt, verworfen werden wird: Erhöhung der Gedankenwelt eines jeden Einzelnen; Durchdringung des rein materialistischen Intellekts mit mehr seelischer Güte. Kontrolle der eigenen Gedankenwelt und damit fortschreitende Befreiungsmöglichkeit von innerer Faulheit. Diese ganze Reform soll jeder nur an sich selbst durchführen. Dann wird die Macht der guten Gedanken siegreich werden und stets bessere Handlungen zeitigen. Vielleicht wird dann gar einmal die so geadelte Macht der deutschen Gedankenwelt noch über die Grenzpfähle dringen und das Wunder wirken, an das kein Mensch mehr zu glauben vermag. St.

Intern. Ringerwettstreit im Colosseum. Man schreibt uns: Der lang erwartete Kampf v. d. Heyd—Christensen ging am Mittwoch abend vor sich. Ueber den klassischen Ringer v. d. Heyd ist schon so viel gesagt worden, daß zu sagen bald nichts mehr übrig bleibt. Man weiß nicht, was man mehr an diesem Mann bewundern soll, seine enorme Technik, Kraft oder seine vornehme Ringweise. Auch Christensen ist eine Klasse für sich. Was an Griffen im Ringerrepertoire vorhanden ist, konnte man in diesem Kampfe sehen. Der Kampf endete nach 20 Minuten unentschieden. Mit Recht darf man auf den Ausgang dieses Kampfes gespannt sein. — Nun traten zum Entscheidungskampfe Oestreich—Randolfi an. Die ersten zehn Minuten verliefen im Standkampfe, erst in der 13. Minute kam Oestreich zu Boden und nun begann, wie das bei zwei Schwergewichtlern üblich ist, die Halb- und Doppelnelsons, ab und zu einmal ein Ausheber. Bald ging es wieder in den Stand und in derselben Weise wie vorher weiter. Was hier an Kraft aufgewendet wurde, war enorm. Auch nach der zweiten Pause wollte sich kein Resultat zeigen, trotz größerer Anstrengungen. Nach 48 Minuten zieht Randolfi einen Armzug und Oestreich liegt gleich darauf auf beiden Schultern.

Verhaftet wurden: ein 21 Jahre alter Blechner wegen Diebstahlsversuchs, ein 25 Jahre alter Kaufmann wegen Landstreicherei und eine 24jährige Kettenmacherin wegen Gewerbsunzucht.

Veranstaltungen.

Die „Italienische Nacht" im Stadtgarten, die für heute abend 8 Uhr vorgesehen ist, wird nur bei gutem Wetter stattfinden; bei schlechtem Wetter wird sie bis auf weiteres verschoben werden. Die Serenade, die von dem Doppelquartett des K.T.V. 1846 und dem verstärkten Waldhornquartett des Badischen Landestheaters ausgeführt wird, beginnt programmäßig um 9¼ Uhr. Sänger und Musik gleiten in lampionsgeschmückten Booten über den See hinweg. Auch alle übrigen Boote werden illuminiert, ebenso wird der Garten selbst reichen Lampionsschmuck erhalten.

Von der Messe. Wohl selten hatte eine Schaustellung einen solch starken Besuch während der Messe, wie die der „Prinzessin-Elisabeth". Man kann es auch bald gar nicht glauben, was von diesem kleinen, niedlichen Fräulein erzählt wird. Die kleinen Finger ihrer so kleinen Hand sind nicht größer als unsere Fingernägel. Sie reicht einem normalen Menschen nicht bis ans Knie. Sie ist sehr hübsch. 6½ Pfund hat sie in die Wagschale zu legen, ein recht kurioses Gewicht für eine ausgewachsene Dame. Sie ist bald der Liebling aller. Die Damen brauchen aber nicht eifersüchtig zu werden, sie sucht wohl einen Mann, aber einen „ganz" kleinen. — Schmidts Marionetten-Theater auf dem Meßplatz, erfreut sich in hohem Maße der Gunst des Publikums, was der sich stets steigernde Besuch am besten beweist. Ueber die Leistungen haben wir schon mehrfach berichtet. Die Marionettenspiele sind erstklassig, ebenso die hübschen Varieté-Einlagen. Für die Erwachsenen ist besonders das Auftreten des bekannten Illusionisten Belachini von Interesse, der das reichhaltige Programm noch abwechslungsreicher gestaltet. Dem, der sich angenehm unterhalten will, ist der Besuch zu empfehlen.

Zirkus L. Blumenfeld (Gubrau), vom verflossenen Jahre hier bei uns in bestem Andenken stehend, kommt abermals in diesem Jahre ab 11. Juni nach Karlsruhe. Platz an der Karlstraße bei der Goetheschule, um uns für einige Tage die neuesten Darbietungen auf circensisch künstlerischem Gebiete zu zeigen. Das Gesamtunternehmen ist in seiner äußeren und inneren Ausführung durchaus neu. Das gesamte Künstlerpersonal ist neu engagiert, so daß keine der hier im vorigen Jahre gesehenen Künstler auftreten. Zirkus Blumenfeld wird außerdem eine Sensationsnummer der Neuheit bringen, nämlich Marino, der sich von einem schweren Auto, das mit 4 Personen besetzt ist, überfahren läßt. Das Hauptgewicht legt der Zirkus auf die Pferdedressur. Ein neu engagiertes Spaßmacher-Personal bestehend aus 5 urkomischen Clowns und dummen Augusten sorgt für heitere Stimmung. Zirkus Blumenfeld hat stets gehalten, was er versprach. Er darf daher in Karlsruhe sicherlich wiederum auf guten Besuch seiner Vorstellungen rechnen.

Hundeschau in Rastatt. Es sei nochmals auf die am Sonntag, 12. Juni in Rastatt stattfindende Schau von Hunden aller Rassen aufmerksam gemacht. Die Anmeldung geschieht bei der Einlieferung im Laufe des Vormittags bis 12 Uhr. Um 1 Uhr Beginn des Richtens und um 5 Uhr Verteilung der reichlich vorhandenen Ehrenpreise. Für Zuchtgruppen sind besondere Preise vorgesehen.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 9. Juni: Hugo Klingenberg von Dortmund, Dipl.-Ing. hier, mit Lina Nahäuser von hier; Karl Cermak von hier, Lehrer hier, mit Bertha Geyer von Rosenberg; Wilhelm Schäfer von hier, Geschäftsführer hier, mit Maria Heuberger von hier; Ernst Hauck von Durlach, Fabrikarb. hier, mit Anna Gerhold, geb. Schwarz, von Mülben; Christian Schwender von Kirkel, Werkschreiber hier, mit Elise Steinbach von hier; Friedrich Grah von hier, Oberrevisor hier, mit Mathilde Bernecker von hier; Stephan Fütterer von Gaggenau, Oberbauinspektor hier, mit Berta Fuchslocher, geb. Battiany, von Offenburg.

Todesfälle. 7. Juni: Anna Hoffmann, alt 34 Jahre, Ehefrau von Otto Hoffmann, Installateur; Julius Fischer, Rechtsanw., Ehemann, alt 61 Jahre. — 8. Juni: Julie Reck, alt 83 Jahre, Witwe von Leopold Reck, Gastwirt; Silvio Speranza, Glockengießer, Ehemann, alt 49 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, den 10. Juni 1921. 11 Uhr: Julius Fischer, Rechtsanwalt, Helmholtzstr. 9, Feuerbestatt. — 2 Uhr: Anna Hoffmann, Installateurs-Ehefrau, Durlacherstr. 44. — ½3 Uhr: Julie Reck, Gastwirts-Witwe, Hirschstr. 47.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Nochmals die Zulaufsgenehmigung.

Die Tatsache, daß die auf Grund der Sanktionen errichtete Zollgrenze erhebliche Erschwerungen für den Warenverkehr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet mit sich bringt, ist bereits durch die verschiedensten Publikationen und die anschließenden Erörterungen in der Presse allgemein bekannt geworden. Der Handelsverkehr hat sich im übrigen auch bereits darauf eingerichtet, daß zum Verbringen von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet besondere Zulaufsgenehmigungen erforderlich sind.

Irrtümliche Auskünfte halbamtlicher Stellen haben jedoch in gewissen Punkten Unklarheiten geschaffen und zum Teil sogar, da sie einen formellen Verstoß gegen die neu erlassenen gesetzlichen Bestimmungen zur Folge hatten, zu Beschlagnahmen geführt. So sind vielfach von Orten, die tatsächlich jetzt von der Entente auf Grund der Sanktionen neu besetzt sind, aber nicht innerhalb der von Besatzungsmächten errichteten Zollgrenze liegen, Waren ohne Zulaufsgenehmigung in das unbesetzte Gebiet versandt worden. Maßgebend hierfür war die Tatsache, daß diese Orte, wie gesagt, außerhalb der von der Entente neu errichteten Zollgrenze liegen. Die Auffassung, daß Waren bei der Versendung aus diesen Orten nicht zulaufsgenehmigungspflichtig seien, ist jedoch irrig. Gemäß Artikel 3 der Bekanntmachung vom 15. April 1921 gilt als besetztes Gebiet nicht nur das Gebiet, für das eine besondere Zollordnung gehandhabt wird, sondern auch das darüber hinausgehende Gebiet, das tatsächlich besetzt ist. Sendungen aus Orten, die tatsächlich besetzt sind, gelangen daher nur mit Zulaufsgenehmigung unbehelligt ins unbesetzte Gebiet.

Weiter ist in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinzuweisen, daß die vorgeschriebenen Zulaufsgenehmigungen bei Eintreffen der Ware im unbesetzten Gebiet vorhanden sein müssen. Zwar wird die Kontrolle zurzeit dergestalt ausgeübt, daß im Hinblick auf die noch nicht überall genügend bekannten Verhältnisse den Beteiligten auch noch nach Eintreffen der Ware im unbesetzten Gebiet und nach deren Anhalten durch die Kontroll-Organisation Gelegenheit zur Beschaffung der Zulaufsgenehmigung und damit zur Rückerlangung der zunächst sichergestellten Ware gegeben wird. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß im Falle des Fortbestehens der Auffangorganisation alsbald die gesetzlichen Bestimmungen in vollem Umfange zur Anwendung gebracht werden müssen, und daß dann zur Vermeidung einer Beschlagnahme und einer Verfallerklärung das Vorhandensein einer vor Einbringung der Ware in das unbesetzte Gebiet erteilten Zulaufsgenehmigung erfordert werden wird.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß Sendungen aus dem unbesetzten Reichsgebiet, die nach einem Orte des besetzten Gebietes gerichtet sind, einer Ausfuhrbewilligung in keinem Falle bedürfen. Eine Ablaufsgenehmigung ist für solche Sendungen vorläufig ebenfalls nicht erforderlich.

Auskünfte über diese Fragen erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W, Tiergartenstraße 31 und der Reichsbeauftragte für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 12, dem im übrigen die Kontrolle des Warenverkehrs vom besetzten und unbesetzten Gebiet übertragen wurde. (S. auch den Artikel in Nr. 148 des „Karlsr. Tgbl.“)

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Zur Neuregelung der Brotversorgung.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde die im Regierungsentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung vorgesehene Fassung angenommen, wonach die Umlage durch Lieferung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden kann und hierbei Lieferungen von Hafer nur zu Dreifünftel auf die Umlage angerechnet werden. Ferner wurde ein Antrag Kaeppler (Soz.) angenommen, daß außer Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften Organisationen anderer Art bei der Aufbringung nicht beteiligt werden sollen. Viel umstritten war eine Bestimmung, wonach die Erzeuger für richtige Erfüllung ihres Liefersolls mit ihrem gesamten Vermögen haften. Der Zusatz „mit dem gesamten Vermögen“ wurde gestrichen, doch wurde als einmütige Meinung des Ausschusses festgestellt, daß eine wirksame Haftung der Erzeuger durchgeführt werden soll. Die Haftung der Länder, die Kontrollbestimmungen sowie alle übrigen auf die Aufbringung der Umlage bezüglichen Paragraphen wurden gemäß der Regierungsvorlage angenommen. Die erste Lesung ist damit beendet.

Nach einer lebhaften Debatte wurde ein Antrag Hertz und Genossen (U. S. P.), Molkenbuhr und Genossen (Soz.) und Wieber (Z.), der forderte, daß der außerordentlichen Belastung aller ärmeren Schichten, die bei der zu erwartenden Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise eintreten müßte, durch gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz der Lohn- und Rentenempfänger Rechnung getragen werden solle und daß außerdem die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sichergestellt werden sollen, angenommen.

In der unmittelbar sich anschließenden zweiten Lesung wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der Höhe der Umlage im Betrage von 3 Millionen Tonnen forderte, mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit einigen Aenderungen auch in der zweiten Lesung genehmigt.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Cuno (D. Vpt.) erklärte Reichsernährungsminister Hermes, daß er niemals einen Zweifel über seine prinzipielle Stellung zur freien Wirtschaft gelassen habe, daß er jedoch nicht in der Lage sei, schon jetzt eine bindende Erklärung namens des Reichskabinetts abzugeben. Persönlich glaube er, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände einträten, das Umlageverfahren der erste Schritt in die freie Wirtschaft für 1922 sein werde.

Entschädigung durch den Gemischten Schiedsgerichtshof.

Nach Artikel 299b des Vertrags von Versailles kann jenen Vertragsparteien, denen durch die Ausführung von aufrechterhaltenen Vorkriegsverträgen infolge veränderter Handelsverhältnisse ein erheblicher Nachteil entstanden ist, von dem in Artikel 304 des Friedensvertrages vorgesehenen Gemischten Schiedsgerichtshof eine angemessene Entschädigung zugebilligt werden.

Die in der Prozeßordnung des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshofs für die Einreichung dieser Klagen gesetzte Frist ist neuerdings bis zum 15. Juli 1921 verlängert worden. Desgleichen hat der deutsch-belgische Gemischte Schiedsgerichtshof die in seiner Prozeßordnung gesetzte Frist für die Einreichung dieser Klagen bis zum 31. Dezember 1921 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung dieser Fristen ist nicht zu rechnen.

Frankreich und Englands russische Politik.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß am 26. Mai das französische Ministerium des Aeußern dem britischen Botschafter in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Räterußland überreicht hat. Die Note enthält einen energischen Protest gegen die in Artikel 9 des englischen Handelsabkommens mit Rußland dargelegten Grundsätze und gegen die durch die Entscheidung des englischen Appellationsgerichts geschaffene Lage. Briand legt dar, daß Artikel 9 des Abkommens dahin ausgelegt werden könne, daß man den Bolschewisten gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung angesehen werden könnten. Briand erklärt, daß dadurch die Franzosen ihres Eigentums, das von den Bolschewisten für beschlagnahmt erklärt wurde, verlustig gehen. Die französische Regierung begreife vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland. Diese könne jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Gesetzgebung für nichtig erklärt werde. Dabei halte es die französische Regierung in voller Uebereinstimmung mit den Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für richtig, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die in Artikel 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen und daß sie sich die Wahrung der Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 9. Juni. Infolge der freundlicheren Beurteilung der politischen Lage war die Börse im allgemeinen fest veranlagt. Es gilt besonders vom Kassamarkt der Industriewerte, die bei stärkerer Kauflust des Publikums zu anziehenden Kursen umgesetzt wurden. Das Geschäft in Montanpapieren war dagegen nicht sonderlich umfangreich. Phönix Bergbau auf Gerüchte, wonach das Baroper Walzwerk, A.-G. in den Ausdehnungsprozeß der in Phönix bevorstehe, beteiligt sei, lebhafter umgesetzt. Zu gebesserten Kursen bestand Interesse für Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburg und Oberbedarf. Licht und Kraft waren befestigt. Sonst waren die Umsätze in Elektrizitätspapieren bescheiden. Deutsch-Uebersee bei einiger Nachfrage höher, 1185. Anglo Guano um 9 Proz. höher. Anilinwerte haben sich nur wenig verändert. Scheideanstalt eröffneten mit 594½, Elberfelder Farben 481—485. Adlerwerke Kleyer waren billiger erhältlich 240. Daimler 194½ und Hapag und Norddeutscher Lloyd gingen zu ermäßigten Kursen um. Im Verlaufe fanden Otaviminen mehr Beachtung. Schantung auf regere Kaufordre bis 574 anziehend. Starkes Interesse trat für Holzmann hervor, die zum Kurse von 330, 332 und 324 umgingen. Chemische Rhenania stehen zwischen 775 und 802. Besonders fest lagen Wayß & Freytag, Maschinenfabrik Eßlingen, Preßhefe Bast befestigt. Maschinenfabrik Mönus mangels Unterlage schwankend, zogen später weiter an. Am Schluß war die Haltung fest. Privatdiskont 3¾ Prozent.

w. **Frankfurt a. M.**, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht). Abendbörse.

Devisen: Brüssel 533, Holland 2233, London 253¾, Paris 534, Schweiz 1137½, Italien 324, Neuyork 68. Tendenz: leicht abgeschwächt.

Effekten: Deutsche Bank 325, Desdener Bank 231, Mitteld. Kreditbank 166, Gelsenkirchen 331, Zellstoff Aschaffenburg 575, Zement Heidelberg 327, Bad. Anilin 572, Griesheim 314, Höchster Farben 468, Deutsch-Uebersee 1195, Licht und Kraft 222, Junghans 307, Maschinenf. Durlach 339½, Gritzner 453, Herz 206½, Els. Baumwolle 407, Zuckerf. Waghäusel 329½, Zuckerf. Frankenthal 339. Tendenz: fest.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 9. Juni. An der Börse war das Geschäft in den zu schwankenden Kursen gehandelten Papieren anfangs lebhafter bei überwiegender Besserung mäßigen Umfangs. Hoesch-Aktien stiegen um 10 Proz. Harpener büßten 6½ Proz. ein, auf die Dementierung der Kapitalserhöhung. Valutapapiere gebessert. Schantung stark begehrt, anfangs 46 Proz. höher, später etwas abgeschwächt. Größere Kauflust des Privatpublikums machte sich wiederum am Industriemarkt geltend, so daß sich die Feststellung der Einheitskurse wieder erheblich verzögerte. Elektrizitätsaktien bevorzugt. Von Banken waren Deutsche Bank weiter anziehend, nämlich um 8 Proz. Am Anlagemarkt herrschte feste Haltung. Mexikaner litten unter Realisierung. Die Devisenkurse waren im Verhältnis zu der nicht unerheblichen Abschwächung der Markvaluta in Neuyork nur mäßig höher.

Industrien.

Zellstoff Waldhof, Mannheim. Der Aufsichtsrat schlägt für 1920 vor, aus Mk. 20 862 802 (i. V. Mark 3 906 472) Bruttogewinn Abschreibungen von Mk. 5 021 689 (Mk. 2 353 083) vorzunehmen, Mark 5 Mill. (0) einem Werkerhaltungskonto zuzuführen und dem Reservefonds Mk. 700 000 (0), der Talonsteuerrücklage Mk. 50 000 (Mk. 85 000) und der Dr. Clemmstiftung Mk. 1 Mill. (0) zuzuweisen. Sodann werden 5 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und wie angekündigt, auf die Stammaktien 15 Proz. Dividende und mit Rücksicht auf die dividendenlosen Jahre 1914, 1915, 1916 und 1919 ein Bonus von 10 Proz. vorgeschlagen. Danach bleiben Mk. 991 112 als Vortrag (i. V. wurden Mark 3.92 Mill. Verlust vorgetragen). Die Gesellschaft beantragt die Ausgabe von Mk. 28 Mill. neuen Stammaktien.

Zuckerfabrik Frankenthal. Die Deutsche Bank Filiale Frankfurt, die Bankhäuser M. Hohenemser und E. Ladenburg, sowie die Pfälzische Bank Filiale Frankfurt, beantragen die Zulassung von Mk. 33.60 Mill. neuen Aktien Nr. 7001—11000 u. 12001—36000 der Zuckerfabrik Frankenthal zur Frankfurter Börse.

Versicherungswesen.

Stuttgart-Berlin Versicherungs-Aktiengesellschaft in Stuttgart. In der Feuerversicherung stieg die Versicherungssumme auf 12 212 Millionen Mark (i. V. 6435), wovon für eigene Rechnung 3894 Mill. in der Einbruchdiebstahlversicherung auf 3340 Mill. (i. V. 2181), wovon für eigene Rechnung 1668 Mill. in der Wasserleitungsschadenversicherung auf 1255 Mill. (i. V. 827), wovon für eigene Rechnung 1107 Mill. in der Glasversicherung auf 56 Mill. (i. V. 23), wovon auf eigene Rechnung 56 Mill.; in der Autoruhrversicherung auf 1800 Mill. (i. V. 1603), wovon auf eigene Rechnung 723 Mill.; in der Kautionsversicherung auf 761 Mill. (i. V. 224), wovon auf eigene Rechnung 396 Mill.; in der Kraftfahrzeugversicherung auf 194 Mill. (i. V. 57), wovon auf eigene Rechnung 153 Mill. Bei einer gesamten Prämieneinnahme von 158 Mill. Mark (i. V. 65,3) wurden für Rückversicherungsprämien ausgegeben 86,8 Mill. (i. V. 30,3), so daß sich die Reinprämieneinnahme auf 71,1 Mill. (i. V. 34,9) stellt. Für Schadenleistungen waren zu zahlen 51,3 Mill. Mark (i. V. 31,8), wovon auf eigene Rechnung entfallen 25,7 Mill. (i. V. 14,1). Für Schadenrücklagen wurden angelegt 48,5 Mill. Mark (i. V. 19,8), wovon auf eigene Rechnung 21,3 Mill. (i. V. 10,7). Nach Abzug der gesetzlichen Rücklagen verblieb ein Reingewinn von 635 041 Mk. (i. V. 432 840), woaus 10 Prozent Dividende (i. V. 8 Proz.) verteilt werden.

Mannheimer Produktenbörse.

K. **Mannheim**, 9. Juni. Die Stimmung am Produktenmarkte ist auch heute als gut behauptet zu bezeichnen, obwohl Umsätze von Bedeutung nicht zu registrieren gewesen sind. Die Preise für Mais, wie auch für Hülsenfrüchte und für Futterartikel sind infolge der von den Devisenmärkten gemeldeten Festigkeit unverändert; besonders die Warenbesitzer halten an ihren Forderungen fest und lehnen Untergebote größtenteils rundweg ab. Andererseits legen die Konsumenten die geforderten Preise nur im Bedarfsfall an. Die Umsätze sind daher bescheiden. Heu und Stroh verkehrten in ruhiger Haltung. Mais-Bezugsscheine blieben weiter lebhaft gefragt und finden zu erhöhten Preisen Käufer. Saaten hatten unveränderten Markt, die von den norddeutschen Firmen nach hier gelegten Offerten in neuer Rapssaat finden in anbetracht der hohen Preisforderungen keine Beachtung.

Amtliche Notierungen: keine.

Wer an Hühneraugen leidet hüte sich mit dem Messer zu schneiden. Völlig gefahrlos, dabei erfaunlich schnell wirkend ist das in allen Drogerien u. Apotheken erhältliche **Hühneraugen-Lebewohl**, während Hornhaut auf der Sohle durch **Ballen-Scheiben** verblüffend schnell entfernt wird. Der schmerzhafte Druck verschwindet bald nach dem Auflegen. Die Mittel verrutschen nicht und bleiben nicht am Strumpfe kleben. Preis 2 und 3 Mk.
Merkur-Drogerie, Mühlburg, Philippstr. 14
Schwarzwald-Drog. Fritz Reis jun., Sofienstr. 120
Drogerie Walz, Kurvenstr 17 u. Kaiserstr. 241.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	9. Juni	8. Juni
Badische Bank	338.25	340.—
Darmstädter Bank	181.—	181.—
Deutsche Bank	324.—	318.—
Diskonto Commandit	258.50	260.—
Dresdener Bank	228.50	230.50
Mitteld. Creditbank	166.—	165.—
Oesterr. Länderbank	—.—	—.—
Pfälzische Bank	167.—	166.—
Rhein. Creditbank	176.—	175.—
Sudd. Diskonto-Ges.	—.—	221.—
Wiener Bankverein	42.—	41.90
Württbg. Notenbank	260.rat	235.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	468.—
Gelsenkirchen	335.—	325.—
Harpener	525.—	528.50
Laurahütte	—.—	—.—
Aschaff. Zellstoff	584.75	584.75
Grün & Bilfinger	309.—	305.—
Zementw. Heidelberg	325.—	325.—
Bad. Anilin	570.—	568.—
Scheideanstalt	594.—	589.50
Höchster Farben	463.—	456.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	1185/90	1174.50
Elektr. Licht u. Kraft	221.—	214.75
Gebr. Junghans	306.50	306.—
Adler & Oppenheimer	—.—	—.—
B. Masch. Badenia	354.75	350.—
Maschfabr. Durlach	339.50	—.—
Maschfabr. Gritzner	460.—	470.—
Haid & Neu	310.—	299.—
Maschfabr. Karlsruhe	424.50	420.rat
Oberursel	344.—	340.—
Schlinck & Co	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	206.—	200.—
Elsässer Baumwolle	—.—	399.25
Spinnerei Ettlingen	—.—	385.—
Uhrenfabr. Furtwang	—.—	295.—
Waggon-Fabrik Fuchs	413.50	413.50
Zellstoff Waldhof	489.—	487.—
Zuckerfabr. Waghäusel	329.—	325.—
Zuckerfbr. Frankenth.	335.—	334.50
Benz Motoren	185.—	184.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	9. Juni	8. Juni
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	99.75	99.80
5% III „ „	—.—	99.75
4½ IV—V „	83.60	83.60
4½ VI—IX „	72.20	72.20
4½ 1924er „	94.60	94.50
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	75.90	75.80
3½% „ „	68.50	68.40
3% „ „	72.70	72.70
Deutsche Prämienanl.	86.10	86.25
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	99.60	99.50
4% Preußische Konsols	70.75	70.60
3½% „ „	60.40	60.40
3% „ „	56.60	56.50
4% Bad. Staatsanl. 08/14	74.10	74.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	572.—	539.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	470.—	468.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	—.—	770.—
Deutsch Australien	394.—	393.—
Hamburger Paketfahrt	164⅛	164⅛
Hambg.-Südamerika	319.—	—.—
Hansa D.-Schiff.	264.—	—.—
Norddeutscher Lloyd	144⅝	146.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	213.—	213.—
Darmstädter Bank	181.50	182.—
Deutsche Bank	320.50	318.25
Diskonto Commandit	258.—	259.50
Dresdener Bank	229.50	229.50
Nationalbank	185.75	183.75
Oesterr. Credit	63⅛	63⅜
Reichsbank	139.—	139.—

Industrie-Papiere	9. Juni	8. Juni
Sinner Brauerei	430.—	440.—
Accumulatoren	449.—	435.—
Adlerwerke	245.50	247.50
Alexanderwerke	258.—	255.—
A. E. G.	290.—	288.25
Aluminium	2105.	—.—
Anglo Continental	377.50	375.—
Augsburg-Nürnberg	455.—	461.—
Badische Anilin	—.—	569.—
Bergmann Elektrizität	317.25	316.50
Berl. Anh. Maschinen	318.—	310.—
Berliner Maschinen	440.—	430.—
Bing Nürnberg	278.—	277.75
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	461.—	470.—
Gebrüder Böhler	527.—	521.—
Brown-Boveri	—.—	—
Buderus Eisen	577.—	585.—
Chem. Grießheim	470.—	451.—
Chem. Albert	605.—	613.—
Daimler Motoren	190⅛	192.—
Dessauer Gas	252.—	254.75
Deutsch-Luxemburg	313.75	310⅛
D. Uebersee-Elektr.	1175.	1175.
D. Eisenbahn S. W.	278.—	276.—
Deutsch Erdöl	895.—	895.—
Deutsch Gasglühlicht	—.—	—.—
Deutsches Kali	335.—	345.—
Deutsche Waffen	547.50	546.—
Deutsch Eisenh.	275.—	280.—
Dynamit Trust	313.—	352.—
Elberfelder Farben	—.—	488.50
Eschweil. Bergwerke	319.75	318.—
Feldmühle Papier	347.—	347.—
Felten & Guilleaume	561.50	569.—
Filter Brautechnik	400.50	—.—
Gaggenau	320.—	300.—
Gasmotoren Deutz	305.50	307.—
Gelsenkirchen	330.—	327.—
Genschow	360.—	364.75
Goldschmidt	677.75	676.—
Gritzner Maschinen	459.—	455.—
Hannover Maschinen	841.—	841.—
Hanover Waggon	427.50	430.—
Harpener	525.—	528.—
Hasper Eisen	—.—	—.—

	9. Juni	8. Juni
Hirsch Kupfer	304.75	334.—
Höchster Farben	—.—	460.—
Hösch Eisen	870.—	859.—
Hohenlohe	232.—	234.—
Kali Aschersleben	331.—	332.—
Ver. Köln.-Rottweil	420.—	—.—
Kostheimer Cellulose	315.—	319.—
Kyffhäuser	—.—	—.—
Lahmeyer Co.	210.50	215.—
Laurahütte	317.25	—.—
Lindes Eismaschinen	345.—	340.—
Ludwig Löwe	—.—	—.—
Lothringer Zement	487.—	—.—
Mannesmann	600.—	599.—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	311.—	309.50
Oberschl. Eisenindustr.	271.50	269.—
Oberschl. Kokswerke	—.—	460.—
Orenstein & Koppel	570.—	564.—
Phönix Bergwerke	713.—	715.—
Rheinisch Metall	375.—	376.50
Rheinisch Stahl	463.—	472.—
Rombacher Hütte	363.—	360.—
Rütgerswerke	393.—	394.—
Sachsenwerke	302.—	299.50
Schuckert & Co.	250.—	241.—
Siemens & Halske	—.—	—.—
Steaua Romana	1060.	975.—
Stettiner Vulkan	380.—	380.—
Stollberger Zink	480.50	489.50
Türkischer Tabak	—.—	1061.
Varziner Papier	—.—	600.—
Vereinigt. D. Nikel	627.50	635.—
Vereinigt. Glanzstoff	815.—	810.—
Vereinigt. Stahl Zypen	1100.	1050.
Wanderer Fahrrad	531.—	548.—
Westeregeln Alkali	445.—	441.75
Zellstoff Waldhof	499.—	488.75
Otavi Minen	480.50	470.—
Otavi Genuß	440.—	425.—
Deutsche Petroleum	790.—	790.—
Pomona	2600.	2700.
Maschinenfabr. Karlsr.	—.—	430.—

Devisennotierungen

w. Frankfurt, 9. Juni.

	9. Juni Geld	9. Juni Brief	8. Juni Geld	8. Juni Brief
Antwerpen-Brüssel	531.40	532.60	533.90	535.10
Holland	2237.80	2242.20	2220.30	2224.70
London	253.25	253.75	251.25	251.75
Paris	532.15	533.35	532.65	533.85
Schweiz	1138.80	1141.20	1131.80	1134.20
Spanien	859.10	860.90	861.60	858.40
Italien	322.10	322.90	323.10	323.90
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	1163.80	1166.20	1151.30	1153.70
Norwegen	979.—	981.—	984.—	986.—
Schweden	1498.50	1501.50	1484.50	1487.50
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	67.48	67.68	66.13	66.27
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	14.78	14.82	14.65½	14.69½
Budapest	27.34½	27.40½	27.37	27.43
Prag	94.40	94.60	—.—	—.—

w. Berlin, 9. Juni.

	9. Juni Geld	9. Juni Brief	8. Juni Geld	8. Juni Brief
Rotterd.-Amsterd.	2240.25	2244.75	2222.75	2227.25
Brüssel	532.45	533.55	534.45	535.55
Christiania	992.—	994.—	980.—	982.—
Kopenhagen	1164.80	1167.20	1151.30	1153.70
Stockholm	1503.45	1506.55	1488.50	1491.50
Helsingfors	120.35	120.65	122.10	122.40
Italien	322.15	322.65	323.65	324.35
London	254.20	254.80	251.70	252.30
Newyork	68.18	68.32	66.30½	66.44½
Paris	532.70	533.80	533.95	535.05
Schweiz	1141.35	1143.65	1137.35	1139.65
Spanien	866.60	868.40	856.60	858.40
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	14.83	14.87	14.83	14.87
Prag	94.—	94.20	93.40	93.60
Budapest	27.02	27.08	27.42	27.48
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Polnisch o Noten	—.—	—.—	—.—	—.—

w. Zürich, 9. Juni.

	9. Juni	8. Juni
Deutschland	8.77½	8.85
Wien	1.30	1.30
Prag	8.25	8.32½
Holland	196.—	196.50
Newyork	591.—	584.—
London	22.21	22.35
Paris	46.60	46.75
Italien	28.30	28.30
Brüssel	46.60	47.50
Kopenhagen	101.75	101.50
Stockholm	131.50	131.50
Christiania	86.75	86.50
Madrid	75.75	74.75
Buenos-Aires	182.50	176.—
Belgrad	—.—	—.—
Agram	4.20	4.25
Budapest	2.40	2.45
Bukarest	9.25	9.50

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	2230—2250	2230—2245
Schweiz	1140—1150	1135—1145
Paris	532—535	532—534
Belgien	532—535	532—534
London	252¾—254	252¾—253½
Neuyork	66¾—67¾	67¾—68¾
Italien	322—324	322—325
	Tendenz: ruhig.	Tendenz: geschäftslos.